

Stabilisierung der Konjunktur in herausforderndem Umfeld

Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2025 bis 2028 vom Dezember 2025

Österreichs Wirtschaft erholt sich zaghafte von der zwei Jahre andauernden Rezession. Für 2025 wird ein schwaches BIP-Wachstum von 0,6 % erwartet. 2026 und 2027 beschleunigt sich dieses auf 0,8 % bzw. 1,1 %. Die schwache Wirtschaftsentwicklung hinterlässt ihre Spuren auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote steigt 2025 auf 7,5 % und sinkt erst wieder ab 2027. Die Inflation wird 2025 bei 3,6 % liegen. Ein schwächeres Lohnwachstum und auslaufende Energiepreis-Basiseffekte lassen diese 2026 auf 2,4 % und 2027 auf 2,1 % sinken. Der Budgetsaldo verbessert sich 2025 auf -4,5 % des BIP. Werden die bisher hinreichend konkretisierten Konsolidierungsmaßnahmen umgesetzt, wird er sich 2026 und 2027 auf -4,2 % verbessern.

Autor:innen

Gerhard Fenz, Friedrich Fritzer,
Mathias Moser, Martin Schneider,
Richard Sellner, Alfred Stiglbauer. Unter
Mitarbeit von Beate Resch
Oesterreichische Nationalbank,
Abteilung Konjunktur
konjunktur@oenb.at



Nur gedämpfte Exporterholung

Die zunehmende Konkurrenz Chinas, die US-Zölle, die Verflechtungen mit der deutschen Automobilindustrie und die sinkende Wettbewerbsfähigkeit aufgrund hoher Lohn- und Energiekosten dämpfen die Exportentwicklung Österreichs. Zwischen 2019 und 2024 nahmen die Lohnstückkosten in Österreich um 30 % zu, deutlich stärker als im Euroraum. 2025 mussten deutliche Marktanteilsverluste im Ausmaß von 4,5 % verkraftet werden.



Einkommensschwache Haushalte stärker von Inflation betroffen

Eine Analyse der haushalts-spezifischen Inflationsraten für 2022–2025 zeigt: 2022 lag die Inflation der oberen Einkommensdezile über jener der unteren. Ab 2023 kehrte sich dieser Zusammenhang um. Das Einkommen beeinflusst die Haushaltsinflation, ist aber nicht der einzige Faktor. Gemessen an der kumulierten Inflation seit 2021 hatten Pensionist:innen, Pflichtschul-abgänger:innen, Hauseigentümer:innen, Haushalte in ländlichen Gemeinden und Singles die höchsten Teuerungsraten.



Weitere Konsolidierungspakete als Wachstumsrisiko

Die bisherigen Konsolidierungsmaßnahmen dürften kaum dämpfend auf die Wirtschaftsentwicklung wirken. 2025 erwarten wir noch einen leicht positiven Impuls, weil viele Maßnahmen erst spät im Jahr wirken. Weitere Konsolidierungspakete könnten aber Bereiche betreffen, die stärkere negative Wachstumseffekte auslösen – etwa öffentliche Investitionen.

Die österreichische Wirtschaft wird im Jahr 2025 nach zwei Rezessionsjahren wieder ein positives Wirtschaftswachstum verzeichnen können. Mit 0,6 % wird dieses Wachstum jedoch nur schwach ausfallen. In den Jahren 2026 und 2027 sollte sich das Wachstum leicht auf 0,8 % und 1,1 % beschleunigen – für einen Aufschwung nach einer Rezession eine sehr verhaltene Entwicklung.

Die Exportwirtschaft als tragende Säule der österreichischen Wirtschaft steht unter mehrfachem Druck. Neben der schwachen deutschen Industriekonjunktur belasten die US-Zölle, hohe Lohn- und Energiekosten sowie die zunehmende Konkurrenz Chinas die Exportentwicklung. In der Folge beurteilt die exportorientierte Industrie – trotz einer leichten Erholung im Jahr 2025 – ihre Lage noch mehrheitlich eher pessimistisch. Von der Bauwirtschaft sind in den nächsten drei Jahren ebenfalls keine starken Impulse zu erwarten. Die Wohnbauinvestitionen sind seit 2022 aufgrund gestiegener Finanzierungskosten, des Auslaufens des Wohnbauzyklus und der allgemeinen konjunkturellen Schwäche deutlich gesunken und sie werden sich in den kommenden Jahren nur leicht erholen. Ein schrittweiser Rückgang der historisch hohen Sparquote in den Jahren 2025 und 2026 ermöglicht trotz nahezu stagnierender real verfügbarer Haushaltseinkommen ein – wenn auch nur moderates – Wachstum der privaten Konsumausgaben.

Tabelle 1

Hauptergebnisse der OeNB-Prognose vom Dezember 2025

	Dezember 2025					Revisionen gegenüber September 2025		
	2024	2025	2026	2027	2028	2025	2026	2027
Veränderung zum Vorjahr in %								
Bruttoinlandsprodukt (real)	-0,8	0,6	0,8	1,1	1,0	0,3	0,0	0,0
Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)	2,9	3,6	2,4	2,1	2,1	0,1	0,0	-0,2
Arbeitslosenquote gemäß AMS (in %)	7,0	7,5	7,5	7,3	7,3	0,1	0,1	0,1
in % des nominellen BIP								
Budgetsaldo	-4,7	-4,5	-4,2	-4,2	-4,4	x	x	x
Öffentlicher Schuldenstand	79,9	81,9	83,8	85,2	86,8	x	x	x

Quelle: OeNB-Prognosen vom Dezember 2025 und September 2025.

Die schwache Wirtschaftsentwicklung der letzten drei Jahre kommt zunehmend auf dem Arbeitsmarkt an. Die Arbeitslosenquote gemäß AMS stieg 2025 um 0,5 Prozentpunkte auf 7,5 %, und wird erst ab 2027 wieder sinken. Die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und der hohe Spardruck im öffentlichen Sektor haben zu moderaten Lohnabschlüssen im Herbst 2025 geführt. Die mehrjährigen Abschlüsse in der Metallindustrie, im öffentlichen Dienst und im Handel liegen teils spürbar unter der rollierenden Inflation und helfen den kostenseitigen Preisdruck zu verringern.

Die österreichische HVPI-Inflation hat sich in den letzten Monaten bei rund 4,0 % eingependelt. Für das Jahr 2026 wird ein Rückgang auf 2,4 % erwartet, gefolgt von einer weiteren Abnahme auf 2,1 % in den Jahren 2027 und 2028. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) dürfte 2026 mit 2,7 % noch über der Gesamtinflation liegen, sollte sich aber in den Folgejahren – ähnlich wie die HVPI-Inflation – auf 2,1 % einpendeln. Hauptgründe für den Rückgang der Inflation sind das schwächere Lohnwachstum, Basiseffekte bei den Energiepreisen, rückläufige Rohstoffpreise für Energie und die Aufwertung des Euro.

Der Budgetsaldo verbessert sich 2025 leicht auf -4,5 % des BIP. Für 2026 und 2027 erwarten wir auf Basis der bisher bekannten und hinreichend konkretisierten Konsolidierungsmaßnahmen eine Verbesserung des Saldos auf -4,2 %.

2028 kommt es durch die Einführung der EU-weiten CO₂-Bepreisung im Rahmen des Emissionshandelssystems ETS² zu einer Verschlechterung des Saldos auf -4,4 %. Die bisherige nationale CO₂-Steuer läuft Ende 2027 aus, die Einnahmen aus ETS₂ werden aber erst 2029 als Staatseinnahmen verbucht. Die Schuldenquote wird 2025 bei etwa 81,9 % des BIP liegen und bis 2028 auf 86,8 % steigen. Verantwortlich dafür sind sowohl das weiterhin hohe Primärdefizit als auch das geringe nominelle Wachstum des Bruttoinlandsprodukts.

Die Risiken für das Wachstum sind weitgehend ausgeglichen. Während weitere erforderliche Konsolidierungsmaßnahmen und die hohe geopolitische Unsicherheit ein Abwärtsrisiko darstellen, kann eine stärkere Erholung im Wohnbau und eine Erholung des Konsument:innenvertrauens zu einem höheren Wachstum führen.

Im Fall der Inflationsprognose halten sich Aufwärts- und Abwärtsrisiken derzeit die Waage. Zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen des öffentlichen Sektors könnten ein Aufwärtsrisiko darstellen. Die nach Fertigstellung der Dezemberprognose beschlossene Senkung der Energieabgabe auf Elektrizität konnte nicht mehr berücksichtigt werden. Diese Maßnahme sollte die HVPI-Inflation im Jahr 2026 um rund 0,1 Prozentpunkt dämpfen.

1 Unsicheres internationales Umfeld und sinkende Wettbewerbsfähigkeit dämpfen Exporterholung

Die exportorientierte Wirtschaft in Österreich befindet sich aktuell in einem herausfordernden Umfeld. 2024 verzeichnete Österreich einen Rückgang der Warenexporte um knapp 5 %. Aufgrund der schwachen Konjunktur waren die Exporte in die EU besonders betroffen. Die Ausfuhren nach Amerika und nach Asien konnten hingegen ausgeweitet werden. Besonders die Exporte in die USA zeigten sich 2024 mit einem Plus von 10 % sehr dynamisch. Getrieben wurde diese Entwicklung von Exporten pharmazeutischer Produkte, die zuletzt aber deutlich an Schwung verloren.

Im Jahr 2025 war die Exporttätigkeit maßgeblich durch die US-Zölle geprägt: Einem kräftigen Zuwachs der realen Güter- und Dienstleistungsexporte des ersten Halbjahres steht ein Einbruch im zweiten Halbjahr gegenüber. Ab 2026 erwarten wir, dass die negativen Wachstumsauswirkungen der US-Zollpolitik ausklingen dürften.

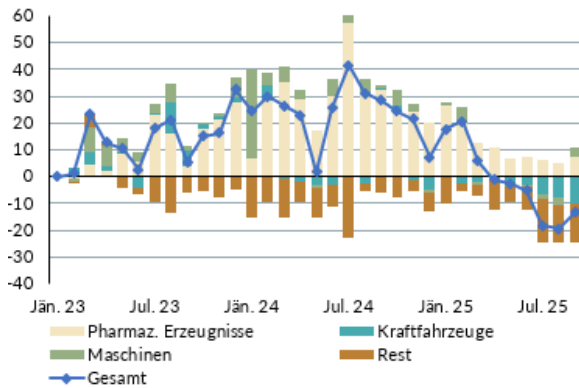
Neben den US-Zöllen belasten auch hohe Lohn- und Energiekosten sowie die zunehmende Konkurrenz Chinas die Exportentwicklung (siehe Kasten 1). Die Lohnstückkosten haben zwischen 2019 und 2024 um 30 % zugenommen, was deutlich über dem Euroraumdurchschnitt von 20 % liegt. Im Jahr 2025 hat sich das Wachstum der Lohnstückkosten zwar spürbar verlangsamt, dennoch musste die österreichische Exportwirtschaft deutliche Marktanteilsverluste von 4,5 % hinnehmen. Im Prognosehorizont wird mit einem weiteren Rückgang des Lohnstückkostenwachstums gerechnet. Damit sollte es zu keinen weiteren Verlusten an preislicher Wettbewerbsfähigkeit mehr kommen. Die Marktanteilsverluste sollten sich damit deutlich einbremsen.

¹ Emissions Trading Scheme.

Grafik 1

Österreichische Güterexporte in die USA

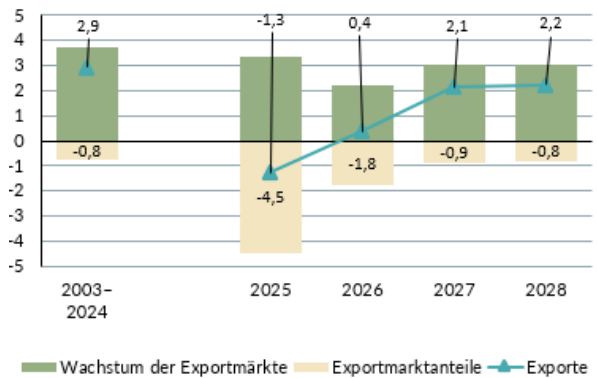
nominell, Veränderung seit Jänner 2023 in % (saison- und arbeitstägig bereinigt) bzw. Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten



Quelle: Statistik Austria.

Exportwachstum, preisliche Wettbewerbsfähigkeit und Marktanteilsentwicklung

Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: OeNB, Statistik Austria, Eurosystem.

Tabelle 2

Außenhandel und Leistungsbilanz

Außenhandel	2024	2025	2026	2027	2028
Veränderung zum Vorjahr in %					
Exporte insgesamt	-2,8	-1,3	0,4	2,1	2,2
Importe insgesamt	-2,9	1,5	1,6	2,6	2,6
in % des nominellen BIP					
Leistungsbilanz	2,4	1,1	1,1	1,2	1,0

Quelle: OeNB-Prognose vom Dezember 2025.

Die Leistungsbilanz hat sich 2025 aufgrund der rückläufigen Exporte gegenüber 2024 verschlechtert und wird in den Folgejahren bei etwa 1 % des nominellen Bruttoinlandsprodukts verharren.

Kasten 1

Österreichische Exporteure durch chinesische Konkurrenz zunehmend unter Druck

Seit dem Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO²) 2001 hat sich China im Außenhandel zu einem direkten Konkurrenten europäischer Volkswirtschaften wie Österreich entwickelt. China exportiert zunehmend Produkte mit höherem Technologiegehalt und drängt damit in klassische Marktsegmente entwickelter Volkswirtschaften. Ein empirisches Maß für den technologischen Gehalt eines Produkts ist die Produktkomplexität.³ Eine hohe Produktkomplexität liegt vor, wenn ein Produkt nur in wenigen Ländern hergestellt wird und diese Länder typischerweise auf die Produktion anderer komplexer Produkte spezialisiert sind.

² World Trade Organization.

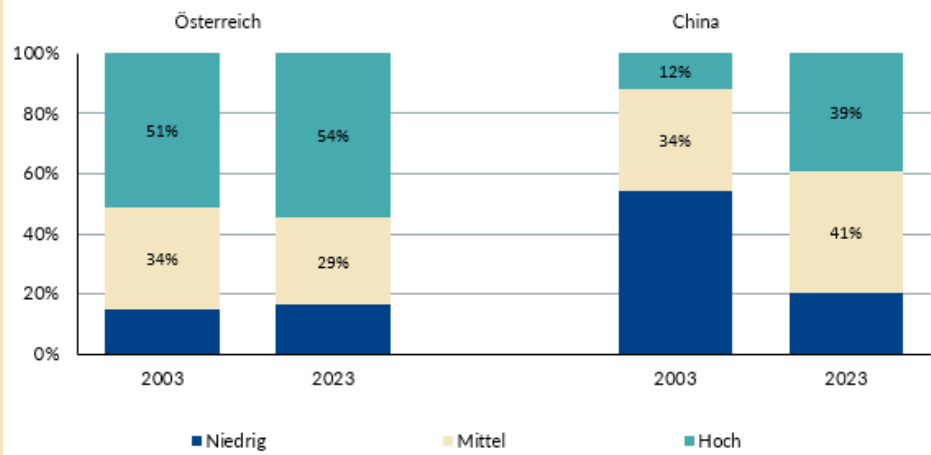
³ Für eine genaue Berechnung der Produktkomplexität (PCI) siehe Stojkoski et al. (2023).

Der Anteil chinesischer Exporte mit einem hohen Komplexitätsgrad stieg zwischen 2003 und 2023 von 12 % auf 39 %. In Österreich entfielen 2003 bereits 51 % der Exporte auf hochkomplexe Waren. Deren Anzahl stieg bis 2023 weiter auf 54 % an (Grafik 1 K1).

Grafik 1 K1

Komplexität der exportierten Güter¹

in % des gesamten exportierten Warenwerts



¹ Warenwerte und Produktkomplexität auf HS-2002 6-Steller-Ebene (HS = harmonized system): „Niedrig“ entspricht dem unteren, „mittel“ dem mittleren und „hoch“ dem oberen Drittel der Verteilung des Produktkomplexitätswertes des jeweiligen Jahres.

Quelle: BACI V202501 (siehe Gaulier und Zignago, 2010), PCI Rankings (HS02) | The Observatory of Economic Complexity (siehe Simoes und Hidalgo, 2011), OeNB-Berechnungen.

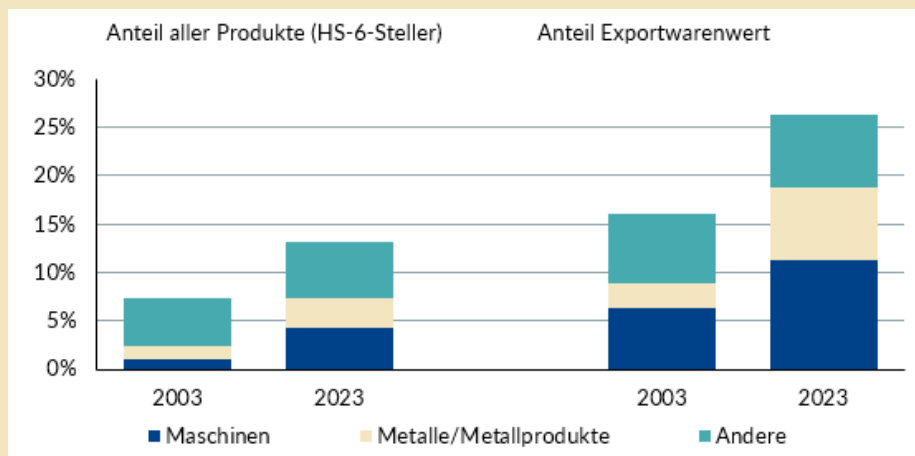
Eine Möglichkeit zur Erfassung der direkten Konkurrenzsituation Chinas mit Österreich sind produktspezifische komparative Vorteile⁴. Dabei weist ein Land einen komparativen Vorteil beim Export eines Produkts auf, wenn der Anteil dieses Produkts an den Gesamtexporten des Landes den weltweiten Anteil des Produkts an den gesamten Weltexporten übersteigt. Ein höherer Exportanteil wird also als Spezialisierung bzw. Wettbewerbsvorteil interpretiert. Innerhalb dieses Konzepts stehen zwei Länder bei einem Produkt in direktem Wettbewerb, wenn sie beide bei dem Produkt einen komparativen Vorteil aufweisen.

Grafik 2 K1 zeigt die Entwicklung der Konkurrenzsituation Österreichs mit China zwischen 2003 und 2023. Die Balken zeigen dabei den Anteil der österreichischen Exporte – gemessen an der Anzahl der Produkte (links) bzw. am Warenwert (rechts) –, bei denen Österreich mit China im direkten Wettbewerb steht. Dieser Anteil stieg zwischen 2003 und 2023 von 7,5 % auf 13 % (bezogen auf die Anzahl der Produkte) bzw. von 16 % auf 26 % (bezogen auf den Produktwert). Besonders betroffen davon sind Maschinen und Maschinenteile (z. B. Spritzgussmaschinen, Frontlader, Spannungsumwandler, Transistoren) sowie Metalle (Eisen, Stahl, Aluminium) und Produkte daraus.

⁴ Für eine formale Beschreibung von komparativen Vorteilen (bzw. dem hier verwendeten RSCA – revealed symmetric comparative advantage) siehe Laursen (2015).

China als Konkurrent Österreichs: komparative Vorteile bei Produkten¹

in %



¹Produkte (HS-Untertitel), bei welchen sowohl Österreich als auch China einen komparativen Vorteil aufweisen (RSCA > 0). Metalle/-produkte: HS72–83, Maschinen: HS84–85. Quelle: BACI V202501 (siehe Gaulier und Zignago, 2010), OeNB.

Angesichts der steigenden Konkurrenz hielten sich die Marktanteilsverluste österreichischer Güterexporteure zwischen 2003 und 2023 in Grenzen. Der Rückgang fiel mit 16 % deutlich geringer aus als in fast allen europäischen Vergleichsländern (linker Teil der Grafik 3 K1). Die bisher verwendeten Daten haben den Vorteil, dass sie internationale Vergleiche auf detaillierter Produktebene ermöglichen. Da diese jedoch nur für den nominellen Außenhandel mit Gütern bis 2023 vorliegen, verwenden wir aggregierte, reale Daten für den Güter- und Dienstleistungshandel aus der vorliegenden Prognose. Der rechte Teil der Grafik 3 K1 zeigt die Marktanteilsentwicklung der realen Güter- und Dienstleistungsexporte zwischen 2003 und 2024 (für den Zeitraum 2025–2028 in Form einer Prognose). Der Rückgang im Jahr 2024 fiel mit –4,2 % besonders stark aus, wird sich laut rezenter Einschätzung der OeNB 2025 unvermindert fortsetzen (–4,5 %) und danach abschwächen.

Dieser starke Verlust von Marktanteilen ist die Folge von zwei sich verstärkenden Entwicklungen: Im Inland liegen auch nach dem Abklingen des Energiepreisschocks die Energiepreise über dem früheren Niveau und führen so zu höheren Produktionskosten. Zudem sind die österreichischen Unternehmen weiterhin von den stark gestiegenen Lohnstückkosten betroffen. Deren Wachstum konnte durch zuletzt moderate Lohnabschlüsse gebremst werden. Am relativ deutlichen Anstieg gegenüber den wichtigsten Handelspartnern in den letzten Jahren ändert dies aber nichts.

Neben dem Rückgang der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Unternehmen spielt auch eine Veränderung in der Außenhandelsstrategie Chinas eine Rolle. Wie ein Beitrag der EZB⁵ zeigt, wuchsen Chinas Exporte und Importe zwischen 2011 und 2019 annähernd gleich stark. Seit 2021 und insbesondere seit 2024 übertrifft das reale Exportwachstum das Importwachstum Chinas aber deutlich. Dabei zeigt sich, dass besonders Wirtschaftsbereiche mit stagnierenden inländischen Umsätzen ein überdurchschnittlich hohes Exportwachstum aufwiesen. In Branchen mit wachsendem Inlandskonsum entwickelten sich die Exporte hingegen ihrem langfristigen Trend entsprechend.

⁵ Siehe Al-Haschimi et al. (2025).

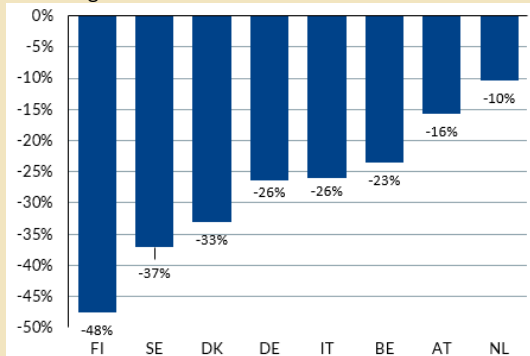
Grafik 3 K1

Entwicklung von Exportmarktanteilen

Internationaler Vergleich (2003–2023)

(Güter, nominell)

Veränderung zu 2003 in %

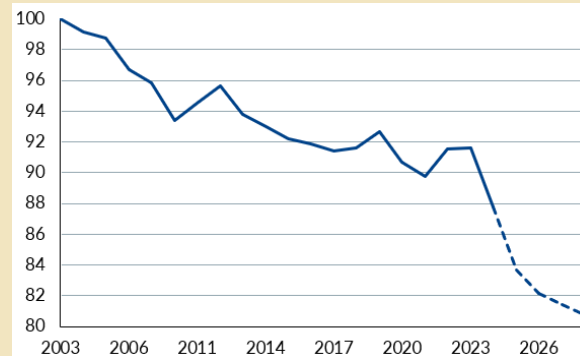


Quelle: BACI V202501 (Gaulier and Zignago, 2010), OeNB.

Österreich (2003–2024; 2025–2028: Prognose)

(Güter und Dienstleistungen, real)

Index 2003 = 100



Quelle: Statistik Austria, Eurosystem, OeNB.

Diese Entwicklungen deuten darauf hin, dass China darauf abzielt, seine Überkapazitäten verstärkt im Ausland abzusetzen. Die anhaltende binnenwirtschaftliche Schwäche, gepaart mit weiterhin sinkenden Produzent:innenpreisen, deutet nicht auf eine rasche Trendwende hin. Daher ist zu erwarten, dass China weiterhin versuchen wird, mit Exporten das Wirtschaftswachstum hoch zu halten. Die Herausforderungen für die exportorientierte heimische Industrie bleiben damit auch in den kommenden Jahren sehr groß.

2 Geringe Kapazitätsauslastung und schwache Baukonjunktur dämpfen Investitionswachstum

Nach einer fast zwei Jahre andauernden Industrierezession stieg die österreichische Warenproduktion im ersten Quartal 2025 wieder merkbar an. Vor allem die energieintensiven Wirtschaftsbranchen wie die Metallerzeugung und die chemische Industrie, aber auch die Automobil- und Pharmabranche trugen zu dieser Erholung bei. In den folgenden zwei Quartalen schwächte sich das Wachstum wieder deutlich ab. Für das vierte Quartal 2025 signalisieren die Stimmungsindikatoren der Europäischen Kommission und der UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex wieder eine leichte Verbesserung, die Indikatoren sind aber weiterhin mehrheitlich deutlich unterdurchschnittlich. Gemäß OeNB-Konjunkturindikator vom Dezember 2025 dämpft die schwache Industriestimmung das gesamtwirtschaftliche Wachstum im vierten Quartal noch leicht.

Die Industrierezession hinterlässt ihre Spuren in einer schwachen Kapazitätsauslastung der Industrie. Diese lag Anfang Oktober mit 82 % etwa 3 Prozentpunkte unter ihrem langfristigen Durchschnitt bzw. so hoch wie Ende 2020. Bei den neuen Unternehmenskrediten zeigte sich seit Anfang 2025 ein Anstieg auf noch niedrigem Niveau (75 % des Volumens von 2019). Aufgrund der zaghaften Erholung der Warenproduktion und der schwachen Kapazitätsauslastung dürften sich die Ausrüstungsinvestitionen nur mäßig erholen. Nach einem starken Rückgang von 4,5 % im Jahr 2024 und einer unerwartet starken Erholung in den ersten drei Quartalen prognostizieren wir für 2025 ein Wachstum von 7,8 %, das sich in den Folgejahren auf 2,5 % (2026), 1,8 % (2027) und 1,9 % (2028) abschwächt.

Tabelle 3

Investitionen

	2012–2019	2024	2025	2026	2027	2028
Veränderung zum Vorjahr in %						
Bruttoanlageinvestitionen insgesamt (real)	2,8	−4,4	1,7	1,5	1,8	1,9
Ausrüstungsinvestitionen	2,9	−4,5	7,8	2,5	1,8	1,9
Investitionen in Forschung und Entwicklung	5,0	−0,8	−0,2	1,9	3,2	3,1
Wohnbauinvestitionen	3,7	−3,3	−4,1	0,1	1,1	1,1
Nicht-Wohnbauinvestitionen und andere Investitionen	0,0	−9,1	1,8	1,1	0,7	1,0

Quelle: OeNB-Prognose vom Dezember 2025.

Die Wohnbauinvestitionen in Österreich sind zwischen Anfang 2022 und Ende 2025 real um etwa 20 % gefallen. Für 2025 ergibt sich ein Minus von 4,1 %. Österreich zählt damit im europäischen Vergleich zu den am stärksten von der Wohnbaukrise betroffenen Ländern. Aufgrund der steigenden Zahl von Haushalten und der steigenden Einkommen ist zwar mit einer Zunahme des Baus von Einfamilienhäusern durch private Haushalte zu rechnen. Dies schlägt sich bereits seit Beginn des Jahres 2024 in einer leichten Zunahme der Baubewilligungen nieder. Der Bau durch gewerbliche Bauträger, der sich seit 2019 halbiert hat, dürfte hingegen weiterhin schwach bleiben. Die Wohnbauinvestitionen werden nach dem starken Rückgang im Jahr 2025 im Folgejahr voraussichtlich stagnieren. Für 2027 und 2028 rechnen wir mit einem moderaten Wachstum von 1,1 %. Die Nicht-Wohnbauinvestitionen bzw. andere Investitionen sind zwischen 2021 und 2024 um etwa 15 % gefallen. Für 2025 zeichnet sich ein Wachstum von 1,8 % ab. Danach gehen wir von einem Wachstum von 1,1 % (2026), 0,7 % (2027) und 1,0 % (2028) aus. Die Investitionen in Forschung und Entwicklung sanken 2024 um 0,8 % und werden 2025 nahezu stagnieren. Danach rechnen wir mit einer Erholung auf 1,9 % (2026) bzw. 3,2 % (2027) und 3,1 % (2028). Die Investitionen in Forschung und Entwicklung, Wohnbau und Ausrüstungen werden damit schwächer als im Durchschnitt zwischen Finanzkrise und COVID-19-Pandemie wachsen.

3 Arbeitslosigkeit bleibt erhöht – Abwärtsrevision des Tariflohnwachstums

Das anhaltend niedrige Wirtschaftswachstum führte im Jahr 2025 zu einem merklichen Anstieg der Arbeitslosigkeit: Die Arbeitslosenquote gemäß AMS stieg um 0,5 Prozentpunkte auf 7,5 %. Der leichte Aufschwung der österreichischen Wirtschaft im Jahr 2026 reicht nicht aus, um die Arbeitslosigkeit zu senken. Erst 2027 und 2028 wird es zu einem leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit auf 7,3 % kommen. Die Gesamtbeschäftigung in Personen stagniert 2025 und wächst im Prognosezeitraum um durchschnittlich 0,5 % pro Jahr. Die Zahl der gesamten geleisteten Arbeitsstunden nimmt bereits im heurigen Jahr wieder zu und entwickelt sich für die Jahre 2026 bis 2028 ähnlich wie die Beschäftigung in Personen.

Da bereits viele relevante Kollektivvertragsabschlüsse vorliegen, lässt sich das Wachstum der Kollektivvertragslöhne für 2026 bereits mit hoher Sicherheit vorhersagen: Dieses wird – nach einem Anstieg um 3,9 % im heurigen Jahr – 2026 2,4 % betragen, was eine Abwärtsrevision um 0,3 Prozentpunkte gegenüber der letzten OeNB-Prognose vom September 2025 darstellt. Dieser Rückgang, der eine teilweise Abkehr von der Abgeltung der vergangenen Verbraucher:innenpreis-inflation bedeutet, ist vor allem auf drei bedeutende Branchen zurückzuführen, in denen es zu relativ niedrigen Abschlüssen gekommen ist.

Tabelle 4

Arbeitsmarkt- und Lohnentwicklung

Beschäftigung	2024	2025	2026	2027	2028
Veränderung zum Vorjahr in %					
Gesamtbeschäftigung (Personen)	0,1	0,0	0,4	0,6	0,5
Geleistete Arbeitsstunden, insgesamt	-0,1	0,5	0,4	0,6	0,4
Löhne und Inflation					
Veränderung zum Vorjahr in %					
Kollektivvertragslöhne ¹	8,5	3,9	2,4	2,2	2,1
Lohndrift	-1,3	-0,1	0,1	0,2	0,1
Brutto ² , nominell	7,2	3,8	2,5	2,4	2,1
HVPI-Inflationsrate	2,9	3,6	2,4	2,1	2,1
Brutto ² , real (HVPI)	4,2	0,2	0,1	0,3	0,1
Netto ³ , real (HVPI)	3,6	0,1	-0,2	0,2	-0,1
Arbeitslosenquoten					
in % des Arbeitskräfteangebots					
gemäß Eurostat	5,2	5,6	5,7	5,6	5,5
gemäß AMS	7,0	7,5	7,5	7,3	7,3

¹ Gesamtwirtschaft. ² Inkl. Dienstgeberbeiträgen. ³ Nach Abzug von Steuern und SV-Beiträgen.

Quelle: OeNB-Prognose vom Dezember 2025.

In den Metaller-Sektoren ist es im September 2025 zu einem Zweijahresabschluss gekommen. Anfang November 2025 kam zu einer Erhöhung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne um 2 %, was deutlich unter der rollierenden Inflation liegt (allerdings gibt es im ersten KV-Jahr zwei Einmalzahlungen in Höhe von jeweils 500 EUR). Im November 2026 steigen die kollektivvertraglichen Mindestentgelte um weitere 2,1 % (diesmal ohne Einmalzahlungen). Im öffentlichen Dienst kam es aufgrund der angespannten budgetären Lage zu Neuverhandlungen des Zweijahresabschlusses von 2024. Entgegen dem ursprünglichen Plan, die Gehaltssteigerungen Anfang 2026 an der rollierenden Inflation zu orientieren, kommt es im neu vereinbarten Dreijahresabschluss im Jahr 2026 erst im Juli zu einer Gehaltssteigerung in Höhe von 3,3 %. Im August 2027 kommt es zu einer weiteren Gehaltserhöhung um durchschnittlich 1 % und im September 2028 erfolgt schließlich die dritte Gehaltssteigerung – ebenfalls in einem durchschnittlichen Ausmaß von 1 %. Auf die Kalenderjahre 2026 bis 2028 umgerechnet bedeutet dies Gehaltszuwächse, die im Mittel rund 1,5 % pro Jahr betragen, was deutlich unter der prognostizierten Inflation liegt. Auch bei den Handelsangestellten kam es – obwohl ursprünglich ein Zweijahresabschluss vorlag – zu Neuverhandlungen für das zweite Jahr. Anfang 2026 steigen die Mindestgehälter um 2,55 %, was knapp 0,5 Prozentpunkte unter der rollierenden Inflation liegt. Ursprünglich war ein *Aufschlag* von 0,5 Prozentpunkten auf die rollierende Inflation vorgesehen gewesen.

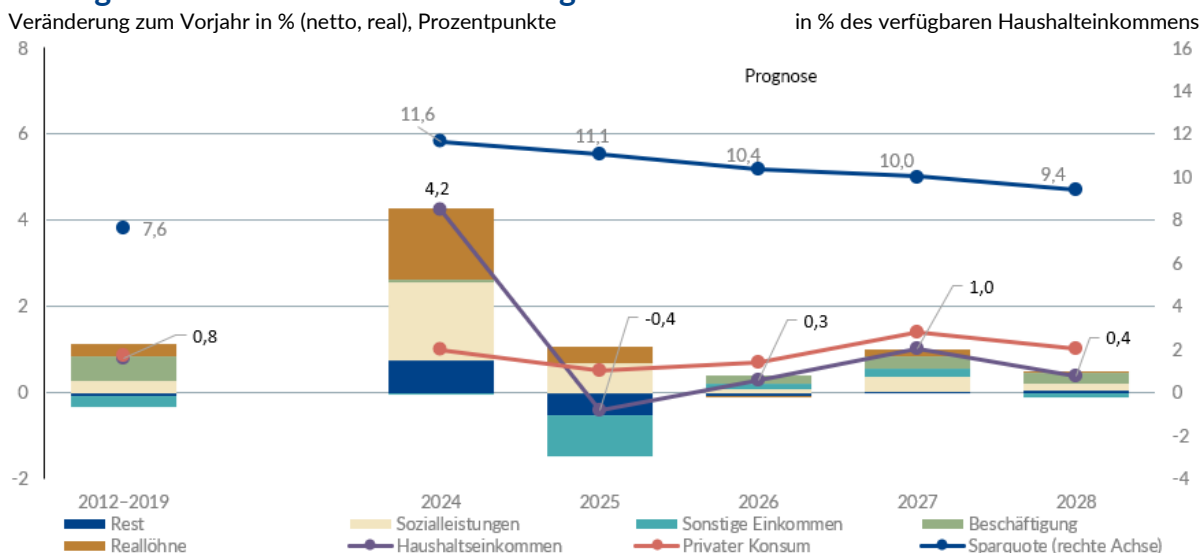
4 Sparquote sinkt, bleibt aber über dem Vorkrisenniveau

Die real verfügbaren Nettohaushaltseinkommen sind 2024 um kräftige 4,2 % gestiegen. Ausschlaggebend dafür waren der starke Anstieg der realen Nettolöhne je Arbeitnehmer:in, die 1,6 Prozentpunkte dazu beigetragen haben, gestiegene Sozialleistungen (+1,8 Prozentpunkte; vor allem verzögerte Pensionserhöhungen) und Transfers wie z. B. der Klimabonus (+0,7 Prozentpunkte), der 2024 gegenüber 2023 angehoben wurde. Die realen privaten Konsumausgaben lagen mit einem Wachstum von 1 % aber deutlich hinter den Einkommenszuwächsen. Die Sparquote stieg von 8,7 % 2023 auf 11,6 % 2024 an.

Die Stimmung der Konsument:innen bleibt auch 2025 verhalten. Der Gesamtindikator der Konsument:innenstimmung der Europäischen Kommission stagnierte 2025 auf unterdurchschnittlichem Niveau. Die von den Konsument:innen erwartete Arbeitslosigkeit stieg auf überdurchschnittlichem Niveau noch leicht an. Für 2025 prognostizieren wir daher lediglich ein Wachstum des realen privaten Konsums von 0,5 %. Demgegenüber stehen um 0,4 % sinkende real verfügbare Haushaltseinkommen, wodurch die Sparquote leicht sinken wird. Wie schon 2024 wird die Beschäftigungsentwicklung auch 2025 keinen wesentlichen Wachstumsbeitrag zum real verfügbaren Haushaltseinkommen leisten. Aufgrund des deutlich geringeren Tariflohnwachstums 2025 sinkt auch der Beitrag der realen Nettolöhne je Arbeitnehmer:in (+0,4 Prozentpunkte). Zudem erwarten wir einen Rückgang bei den sonstigen Einkommen (Vermögen, Selbstständigkeit und Zinsen), welche insgesamt -1 Prozentpunkt beitragen. Die fiskalischen Konsolidierungsmaßnahmen wirken 2025 dämpfend, während die dämpfenden Maßnahmen bei den Sozialleistungen erst 2026 verstärkt wirken.

Grafik 2

Beiträge zum Wachstum des real verfügbaren Nettohaushaltseinkommens



Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Für die Jahre 2026 bis 2028 wird wieder mit Zuwächsen des real verfügbaren Haushaltseinkommens gerechnet. So trägt das Beschäftigungswachstum zunehmend zum Einkommenswachstum bei. Der Beitrag erreicht mit 0,3 Prozentpunkten 2027 seinen Höhepunkt. Die Reallohnzuwächse je Arbeitnehmer:in fallen hingegen verhalten aus und tragen nur 2027 merkbar zum Wachstum bei. Die Beiträge der sonstigen Einkommen fallen weitgehend neutral aus. Die Sozialleistungen tragen deutlich weniger zum real verfügbaren Nettohaushaltseinkommen bei als 2024 und 2025.

2026 bis 2028 wird mit einem Wachstum des realen privaten Konsums gerechnet, das oberhalb des Einkommenswachstums liegen wird. Dadurch wird die Nettosparquote von 11,6 % (2024) auf 9,4 % (2028) sinken. Damit kommt diese oberhalb des Durchschnitts zwischen Finanzkrise und COVID-19-Pandemie (2012-2019) von 7,6 % bzw. etwa auf dem längerfristigen Durchschnitt seit dem Beitritt zum Euroraum (1999-2019) von 9,6 % zu liegen.⁶

⁶ Die Zeitperioden zur Durchschnittsbildung wurden bewusst nur bis 2019 gewählt, um eine Verzerrung durch die ungewöhnlich hohen Sparquoten während der COVID-19-Pandemie zu vermeiden.

Tabelle 5

Haushaltseinkommen und privater Konsum

	2024	2025	2026	2027	2028
Veränderung zum Vorjahr in %					
Verfügbares Haushaltseinkommen, real	4,2	-0,4	0,3	1,0	0,4
Privater Konsum, real	1,0	0,5	0,7	1,4	1,0
in % des verfügbaren Haushaltseinkommens					
Sparquote	11,6	11,1	10,4	10,0	9,4

Quelle: OeNB-Prognose vom Dezember 2025.

5 Inflation sinkt deutlich

Die österreichische HVPI-Inflation hat sich seit August 2025 auf einem hohen Niveau von rund 4 % stabilisiert, nachdem sie in den Monaten davor deutlich gestiegen war. Dieser Anstieg war vor allem auf höhere Preise für Bekleidung und Schuhe sowie für Energie zurückzuführen. Während sich die Bekleidungspreise inzwischen wieder normalisiert haben, bleiben die Energiepreise weiterhin überdurchschnittlich hoch. Zusätzlich haben staatliche Konsolidierungsmaßnahmen die Inflation moderat erhöht, insbesondere durch höhere administrierte Dienstleistungspreise.

5.1 Inflation fällt 2026 um mehr als 1 Prozentpunkt und erreicht 2027 und 2028 2,1 %

Für die kommenden Quartale wird ein Rückgang der Inflation über alle Sonderaggregate hinweg erwartet. Besonders die Energiepreisinflation dürfte Anfang 2026 deutlich sinken, vor allem aufgrund ausgeprägter Basiseffekte aus dem Jahr 2025, als die Netzentgelte für Strom und Gas kräftig stiegen und staatliche Energiesubventionen – wie die Strompreisbremse – ausliefen. Zudem sollten sich die seit Jahresbeginn 2025 stark gefallen Großhandelspreise für Haushaltsenergie zunehmend in den Verbraucher:innenpreisen niederschlagen. Ähnliches gilt für die Rohölpreise, die 2025 deutlich zurückgingen und laut Terminpreisen⁷ auf einem moderaten Abwärtstrend bleiben. Durch diese Entwicklung wird der Anstieg der Netzentgelte für Haushaltsenergie Anfang 2026 sowie die angekündigte Erhöhung der Fernwärmepreise in Wien überkompensiert. Die Senkung der Elektrizitätsabgabe mit Jänner 2026 wurde erst nach Abschluss der Dezemberprognose beschlossen und konnte daher nicht mehr berücksichtigt werden.⁸ Die inflationsdämpfenden Effekte belaufen sich auf rund 0,1 Prozentpunkt.

⁷ Terminpreise sind Preise, die gegenwärtig für eine Lieferung oder Leistung in der Zukunft vereinbart werden. Sie kommen vor allem bei Rohstoffen, Energie oder Finanzprodukten vor.

⁸ Im Kalenderjahr 2026 wird die Elektrizitätsabgabe für Haushalte von 1,5 Cent je kWh auf 0,1 Cent je kWh gesenkt. Für Unternehmen erfolgt eine Reduzierung von 1,5 Cent je kWh auf 0,82 Cent je kWh. Die angegebenen inflationsdämpfenden Effekte beziehen sich ausschließlich auf die direkten Auswirkungen im Haushaltsbereich; indirekte Effekte (auch über den Unternehmenssektor) dürften vernachlässigbar gering sein.

Auch die Teuerung bei Dienstleistungen und Industriegütern ohne Energie wird voraussichtlich nachlassen. Haupttreiber sind ein deutliches Abflachen des Lohnwachstums, die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar und eine schwache wirtschaftliche Dynamik. Das im September 2025 vereinbarte Mietpaket⁹ begrenzt zudem Mietsteigerungen in regulierten und nicht regulierten Märkten. Diese Maßnahme dürfte die HVPI-Inflation im Jahr 2026 um rund 0,1 Prozentpunkt dämpfen.¹⁰ Die Lebensmittelinflation dürfte ebenfalls zurückgehen, da sinkende Energie- und Vorleistungskosten sowie geringere Lohnzuwächse die Preisentwicklung dämpfen.

Für 2026 wird eine HVPI-Inflation von 2,4 % erwartet. Im Zuge der Budgetkonsolidierung kommt es auf Bundesebene und in Wien zu deutlichen Preis- und Gebührenerhöhungen (u. a. Tabaksteuer, Klimaticket, e-card-Serviceentgelt, kommunale Gebühren). Aufgrund ihres geringen Warenkorbanteils wirken sie sich jedoch nur moderat aus und erhöhen die Inflation um rund 0,2 Prozentpunkte. Die Kerninflation bleibt 2026 mit 2,7 % über der HVPI-Inflation, da die Teuerung im Dienstleistungssektor weiterhin überdurchschnittlich ausfällt.

Tabelle 6

Inflation

	Aktuelle Prognose					Revision zu September 2025			
	2024	2025	2026	2027	2028	2025	2026	2027	
Veränderung zum Vorjahr in %							in Prozentpunkten		
HVPI-Inflation	2,9	3,6	2,4	2,1	2,1	0,1	0,0	-0,2	
Nahrungsmittel insgesamt	2,9	3,6	2,8	2,5	2,3	-0,2	-0,7	0,0	
davon unverarbeitete Nahrungsmittel	0,6	2,9	2,4	x	x	-0,3	-0,3	x	
davon verarbeitete Nahrungsmittel	3,4	3,8	2,9	x	x	-0,1	-0,7	x	
Industriegüter ohne Energie	0,9	0,9	0,9	1,1	1,2	-0,1	-0,6	x	
Energie	-5,4	7,7	-1,4	0,6	1,4	0,7	2,2	0,8	
Dienstleistungen	5,7	4,4	3,8	2,8	2,6	0,1	0,2	x	
HVPI ohne Energie	3,7	3,2	2,7	2,2	2,1	0,0	-0,3	-0,3	
HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel	3,9	3,1	2,7	2,1	2,1	0,0	-0,1	-0,4	

Quelle: OeNB-Prognosen vom Dezember 2025 und September 2025.

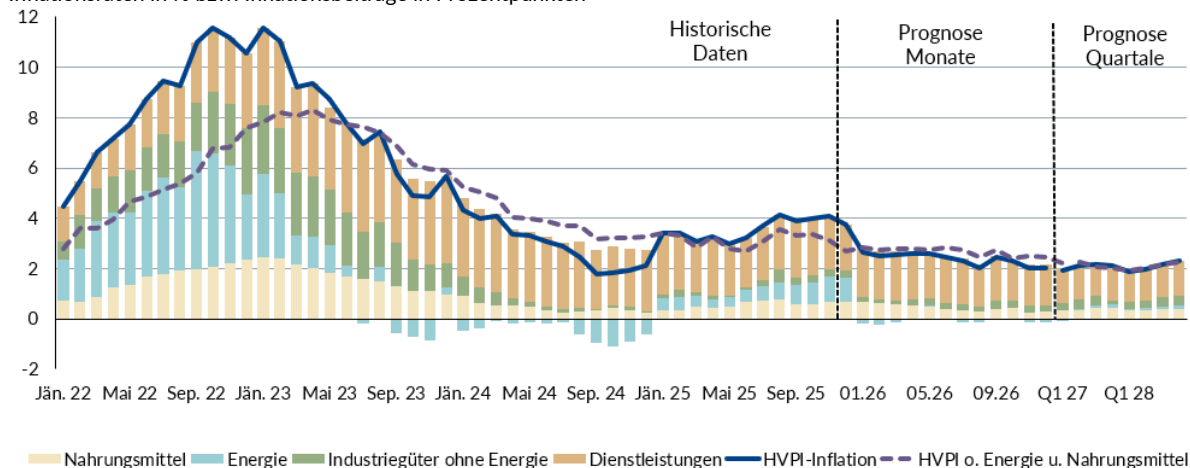
⁹ Maßnahmenpaket der Bundesregierung für leistbare Mieten vom Herbst 2025.

¹⁰ Diese Berechnung geht davon aus, dass die nächste Erhöhung der Richtwertmieten im Jahr 2026 erfolgt wäre und rund 8 % betragen hätte (die letzte Erhöhung fand im Jahr 2023 statt). Im unregulierten Bereich wären die Mieten 2026 mit rund 3,6 % angehoben worden. Aufgrund des Mietpreispakets sollten die Mieten im unregulierten Bereich um 3,3 % steigen. 2027 und 2028 gehen vom Mietpreispaket keine dämpfenden Inflationseffekte aus, da die HVPI-Inflation deutlich unter 3 % sinken sollte.

Grafik 3

Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation

Inflationsraten in % bzw. Inflationsbeiträge in Prozentpunkten



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Im Folgenden wird die Prognose der wichtigsten Inflationskomponenten sowie die Vorausschau für die Inflationsdifferenz Österreichs zum Euroraum im Detail dargestellt.

5.2 Energiesektor: Basiseffekte sowie sinkende Rohöl- und Großhandelspreise für Haushaltsenergie dämpfen die Inflation

Die Energieinflation lag in den vergangenen Monaten über der Marke von 10 % und dürfte bis zum Jahresende hoch bleiben. Haupttreiber sind die Preise für Haushaltsenergie, insbesondere Elektrizität, sowie die Fernwärmepreise, die in Wien um rund 15 % ansteigen.

Zu Beginn des Jahres 2026 werden ausgeprägte Basiseffekte die Inflation in diesem Bereich deutlich dämpfen. Diese Effekte spiegeln das Auslaufen staatlicher Entlastungsmaßnahmen sowie die Anfang 2025 erfolgte Erhöhung der CO₂-Steuern und Netzentgelte wider. Zusätzlich wirken sinkende Rohölpreise und rückläufige Großhandelspreise für Strom und Gas inflationsmindernd. Laut aktuellen Terminpreisen dürften die Rohölpreise 2026 um rund 10 % fallen, während die Großhandelspreise für Haushaltsenergie zwischen 7 % und 15 % zurückgehen. Diese Entwicklung überlagert die erneute Anhebung der Netzentgelte sowie die Preiserhöhung bei Fernwärme in Wien. In der aktuellen Prognose wird daher ein Rückgang der Energiepreisinflation von 7,7 % im Jahr 2025 auf -1,4 % im Jahr 2026 erwartet. Die nach Fertigstellung der Dezemberprognose beschlossene Senkung der Energieabgabe für Elektrizität dürfte die Energiepreisinflation 2026 um einen weiteren Prozentpunkt dämpfen. Für die Folgejahre wird ein moderater Anstieg der Teuerung im Energiesektor prognostiziert: 0,6 % im Jahr 2027 und 1,4 % im Jahr 2028.

Die Prognose unterstellt eine unveränderte CO₂-Bepreisung von 55 EUR pro Tonne in den Jahren 2026 und 2027. Ab 2028 wird im Zuge der Einführung des europäischen Emissionshandelssystems ETS2 ein Preis von rund 46 EUR pro Tonne erwartet. In den Jahren 2026 bis 2028 dürfte die CO₂-Bepreisung keinen spürbaren Einfluss auf die Inflationsrate haben. Die Reduktion der CO₂-Kosten im Jahr 2028 wird voraussichtlich nicht vollständig an die Konsument:innen weitergegeben. Würde die Preissenkung hingegen vollständig weitergegeben, könnte die Energieinflation um etwa 1 Prozentpunkt und die Gesamtinflation um rund 0,1 Prozentpunkt gedämpft werden.

5.3 Dienstleistungsinflation als zentraler Treiber der allgemeinen Inflation

Dienstleistungen sind derzeit der wichtigste Treiber der allgemeinen Inflation. Im November 2025 trägt der Dienstleistungssektor etwas mehr als die Hälfte zur HVPI-Inflation von 4,1 % bei. Die Dienstleistungsinflation wird sich 2025 auf 4,4 % belaufen, 2026 auf 3,8 % sinken und in den Folgejahren auf 2,8 % (2027) bzw. 2,6 % (2028) zurückgehen. Damit liegt die Teuerung im Dienstleistungssektor 2028 nur noch moderat über dem langfristigen Durchschnitt. Der Rückgang ist vor allem auf das deutlich schwächere Lohnwachstum zurückzuführen, das zwischen 2025 und 2028 um rund 2 Prozentpunkte abnimmt.

Zusätzlich dürfte die Mietinflation durch das im September 2025 vereinbarte Mietpaket weniger stark zur Inflation beitragen als in den Vorjahren. Regulierte Mieten sind auf eine maximale Erhöhung von 1 % begrenzt, während für nicht regulierte Mieten folgende Deckelung gilt: Übersteigt die Inflation 3 %, wird nur die Hälfte des Überschusses weitergegeben. Bei einer prognostizierten Gesamtinflation von 3,5 % im Jahr 2025 wird daher erwartet, dass die Mieten im unregulierten Markt 2026 um 3,25 % steigen.

Dienstleistungskomponenten, die nicht lohnabhängig sind – wie administrierte Preise –, werden 2026 nicht zum Rückgang beitragen. Im Gegenteil: Die jüngste Budgetkonsolidierung führt zu Gebührenerhöhungen, vor allem im Dienstleistungsbereich. Besonders stark steigt die Servicegebühr für die e-card (+81 %), ebenso für Reisepass und Führerschein (+48 %). Das Klimaticket verteuert sich in zwei Schritten: 2025 um 19 %, 2026 um weitere 8 %. Auch Wien erhöht die Preise für öffentliche Verkehrsmittel und Parkgebühren um rund 30 %. Insgesamt wird der Beitrag dieser Gebührenerhöhungen zur Dienstleistungsinflation 2026 bei knapp 0,4 Prozentpunkten liegen.

5.4 Löhne, geringere Energiekosten und Wechselkursaufwertung dämpfen die Nahrungsmittelinflation

Die Lebensmittelinflation dürfte von 3,6 % im Jahr 2025 auf 2,8 % im Jahr 2026 zurückgehen. Trotz dieses deutlichen Rückgangs liegt die Teuerung in diesem Sektor 2026 weiterhin rund 0,5 Prozentpunkte über ihrem langfristigen Durchschnitt. Die Aufwertung des Euro wirkt dämpfend, da sie die Kosten für importierte Nahrungsmittelrohstoffe senkt. Zusätzlich reduzieren niedrigere Energiekosten die Produktions- und Vorleistungskosten, was sich voraussichtlich in niedrigeren Verbraucher:innenpreisen niederschlägt. Auch das nachlassende Lohnwachstum sollte die Teuerung in diesem Sektor bremsen.

Die im Rahmen der Budgetkonsolidierung beschlossene Tabaksteuererhöhung wird die Lebensmittelinflation 2026 um etwa 0,3 Prozentpunkte anheben (die Gesamtinflation um rund 0,1 Prozentpunkt). Ab 2027 entfällt dieser steuerbedingte Basiseffekt. Zusammen mit weiterhin günstigen Energiepreisen sorgt dies dafür, dass die Lebensmittelinflation voraussichtlich auf 2,5 % im Jahr 2027 und 2,3 % im Jahr 2028 sinkt. Damit bewegt sich die Teuerung im Nahrungsmittelsektor wieder nahe am langfristigen Durchschnitt.

5.5 Jüngster Inflationsanstieg bei Industriegütern bleibt nicht bestehen

Die Inflation bei Industriegütern ohne Energie stieg im August 2025 sprunghaft auf 2,1 %, vor allem aufgrund höherer Preise für Bekleidung und Schuhe. Im September sank die Teuerung in dieser Kategorie wieder auf 1,1 %, im Oktober verharrte sie auf diesem Niveau. Laut der Konjunktur- und Verbraucher:innenerhebung der EU bewegen sich die kurzfristigen Preiserwartungen (für die nächsten drei Monate) in wichtigen Einzelhandelssegmenten¹¹ derzeit im Einklang mit ihren langfristigen Durchschnittswerten. Für den Prognosezeitraum werden Teuerungsraten von rund 1 % erwartet.

5.6 Revisionen im Vergleich zur Septemberprognose

Im Vergleich zum September 2025 revidiert die OeNB die HVPI-Inflationsprognose für 2025 und 2026 kaum und für 2027 leicht nach unten. Ausschlaggebend für die leichte Abwärtsrevision der Prognose für 2027 ist vor allem das im Vergleich zur letzten Prognose niedrigere Lohnkostenwachstum. Da gleichzeitig die Energieinflation aufgrund von Prognosefehlern in den letzten Monaten nach oben korrigiert wurde, fällt die Abwärtsrevision der Gesamtinflation geringer aus als jene der Kerninflation.

5.7 Risiken für die Inflationsprognose ausgewogen

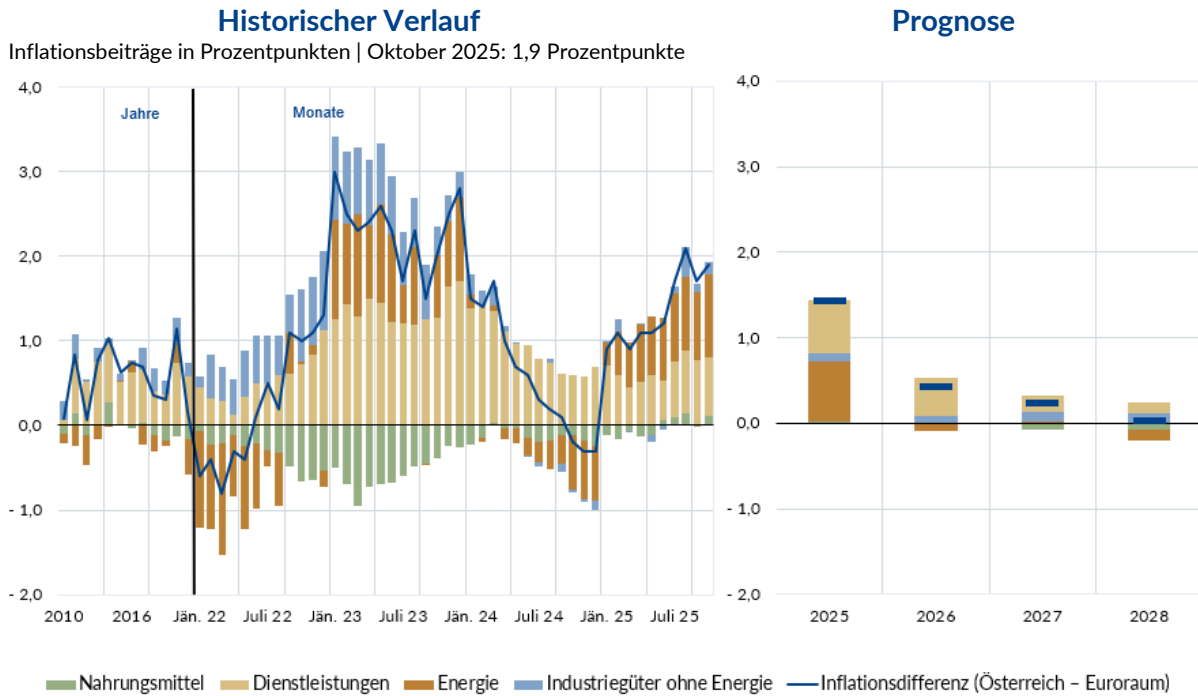
Ein leichtes Aufwärtsrisiko für die Inflationsprognose ergibt sich aus möglichen zusätzlichen Konsolidierungsmaßnahmen des öffentlichen Sektors. Sollten diese über weitere Preiserhöhungen für staatliche Güter und Dienstleistungen umgesetzt werden, würde die Inflationsrate steigen. Die nach Fertigstellung der Dezemberprognose beschlossene Senkung der Energieabgabe auf Elektrizität konnte nicht mehr berücksichtigt werden. Diese Maßnahme sollte die HVPI-Inflation im Jahr 2026 um rund 0,1 Prozentpunkt dämpfen. Insgesamt ist das Risiko für die Inflationsprognose ausgewogen.

5.8 Inflationsabstand zum Euroraum sinkt aufgrund von Energie und Dienstleistungen

Ende 2024 lag Österreichs Inflationsrate knapp unter jener des Euroraums. Dies war vor allem auf staatliche Unterstützungsmaßnahmen (z. B. Strompreisbremse) zurückzuführen, die zu einem Sinken der Energiepreise in Österreich geführt hatten, während im Euroraum die Maßnahmen zur Senkung der Energiepreise größtenteils schon ausgelaufen waren.

¹¹ Handel mit Nahrungsmitteln, Informations- und Kommunikationsgütern, Haushaltswaren sowie Freizeitgütern.

Inflationsdifferenz Österreich zum Euroraum



Quelle: OeNB, Eurosystem, Eurostat.

Anfang 2025 führte die Energiepreisentwicklung jedoch wieder zu einem Anstieg der Inflationsdifferenz. Das Auslaufen der staatlichen Unterstützungsmaßnahmen ließ die Energieinflation in Österreich im Jänner 2025 stark ansteigen. 2025 wird Österreich eine um annähernd 1,5 Prozentpunkte höhere Jahresinflationsrate aufweisen als der Euroraumdurchschnitt. Energie und Dienstleistungen sind zu annähernd gleichen Anteilen für das Inflationsdifferenzial verantwortlich. Nahrungsmittel und Industriegüter ohne Energie haben kaum einen Einfluss auf den Abstand zur Inflationsrate im Euroraum. 2026 sollte der Basiseffekt des Anstiegs der Inflationsrate Anfang 2025 das Inflationsdifferenzial um rund 0,8 Prozentpunkte verringern. Auch der Beitrag von Dienstleistungen verringert sich 2026 und geht 2027 und 2028 noch weiter zurück. Der Hauptgrund für diese Entwicklung liegt in der deutlichen Abschwächung des Lohnwachstums. Laut aktueller Prognose wird das Wachstum der Entgelte pro Arbeitnehmer:in 2026 bis 2028 um durchschnittlich 0,7 Prozentpunkte unter jenem des Euroraums liegen.

Zur Verteilung der Inflationsraten auf Haushaltsebene¹²

In diesem Kasten werden Inflationsraten auf Haushaltsebene für die Jahre ab 2022 berechnet. Die zentrale Fragestellung lautet: Wie haben sich haushaltsspezifische Inflationsraten in der Phase des stärksten Inflationsanstiegs seit den 1970er-Jahren sowie während des anschließenden Rückgangs der Teuerung ausgewirkt?

Zur Beantwortung dieser Frage werden Mikrodaten der österreichischen Konsumerhebung 2019/2020 sowie detaillierte Preisdaten herangezogen. Die Haushalte werden nach sozioökonomischen Merkmalen gruppiert: Einkommen, Gemeindegröße, Haushaltstyp, Wohnstatus (Miete oder Eigentum), Alter, Bildung und Beschäftigungsstatus.¹³

Haushalte in den oberen Einkommensdezilen waren 2022 stärker belastet, ab 2023 trifft die Teuerung vor allem die unteren Einkommensdezile

2022 war die Inflationsrate der oberen Einkommensdezile höher als jene der unteren Einkommensdezile. Dies geht vor allem auf die überdurchschnittliche Verteuerung bei Verkehr sowie Freizeit und Kultur zurück. Einkommensstarke Haushalte konsumieren – im Vergleich zu Haushalten in den unteren Einkommensdezilen – einen höheren Anteil an Gütern und Dienstleistungen in diesen Sektoren. In den Jahren 2023, 2024 sowie in den ersten drei Quartalen 2025 lag die Inflationsrate der unteren Einkommensdezile durchgehend über jener der oberen Einkommensdezile. Besonders deutlich war der Unterschied im Jahr 2023: Die Inflationsrate des ersten Einkommensdezils betrug 8,7 %, jene des zehnten Dezils 7,6 % – ein Abstand von rund 1 Prozentpunkt. Mit dem Rückgang der Inflationsraten nach 2023 verringerte sich dieser Unterschied: 2024 und in den ersten drei Quartalen 2025 lag der Abstand zwischen dem ersten Einkommensdezil und dem zehnten Einkommensdezil bei rund 0,5 Prozentpunkten.¹⁴

Die Preisentwicklung bei bestimmten Produkten sowie unterschiedliche Warenkörbe der Haushalte bestimmen diesen Trend. Lebensmittel und Energie verteuerten sich infolge unterbrochener Lieferketten und des Kriegs in der Ukraine. Die Wohnkosten wurden teils durch gestiegene Energiepreise beeinflusst und sind zudem häufig an die allgemeine Preisentwicklung indexiert. Überdurchschnittliche Preissteigerungen bei diesen Gütergruppen trafen vor allem einkommensschwache Haushalte, da sie einen großen Teil ihrer Ausgaben dafür aufwenden. Während Haushalte im ersten Einkommensdezil etwas mehr als die Hälfte ihrer Ausgaben für Wohnen, Wasser, Energie und Lebensmittel verwenden, liegt der entsprechende Anteil im zehnten Einkommensdezil bei unter 40 %.

Das Einkommen beeinflusst die Inflationsrate eines Haushalts, ist jedoch nicht der einzige Faktor. Grafik 1 K2 verdeutlicht, dass die Unterschiede innerhalb der Einkommensdezile deutlich größer ausfallen als zwischen den Dezilen. Entscheidend wirken zudem Merkmale wie Haushaltstyp, Alter, Bildung und Beschäftigungsstatus sowie Wohnort (Gemeindegröße) und Wohnstatus (Eigentum oder Miete). Diese Faktoren bestimmen den Warenkorb und damit, in welchem Ausmaß Haushalte Preissteigerungen einzelner Warengruppen spüren.

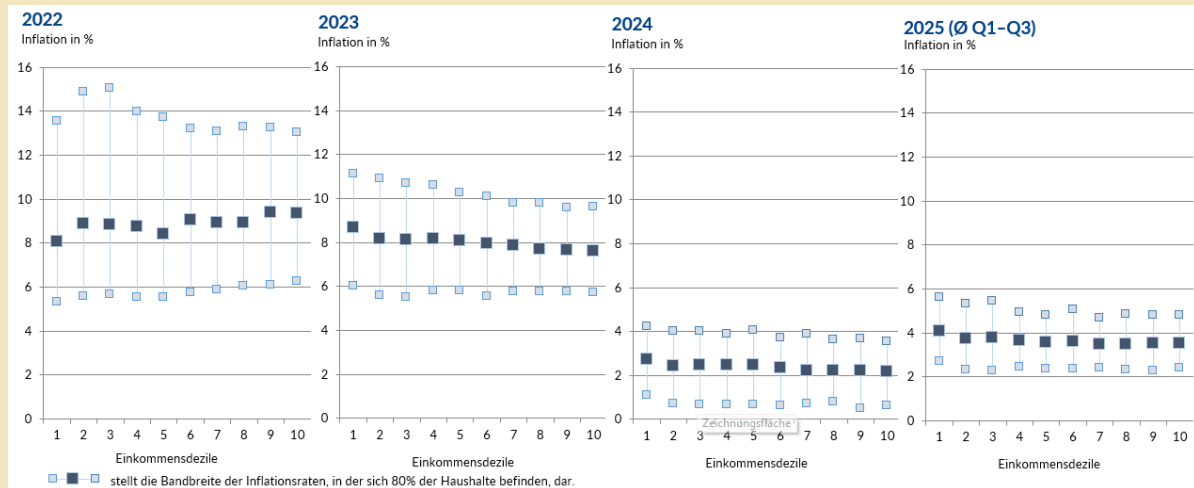
¹² Das in Fessler et al. (2023) entwickelte Konzept bildet die Grundlage dieser Untersuchung.

¹³ Im Rahmen der Konsumerhebung wird pro Haushalt der Haushaltsvorstand oder die Haushaltsvorständin bzw. die Referenzperson, die den größten Einkommensbeitrag leistet, konkret befragt.

¹⁴ Ein ähnliches Muster ist auch für den Euroraum zu beobachten. Laut Charalampakis et al. (2022) stieg der Unterschied der Inflationsraten zwischen dem ersten Einkommensquintil und dem fünften Einkommensquintil mit dem Inflationsanstieg im Jahr 2022 auf rund 2 Prozentpunkte an. OeNB-Berechnungen für österreichische Haushalte ergeben für 2022 eine Inflationsdifferenz von rund 1 Prozentpunkt.

Grafik 1 K2

Haushaltsinflationen nach Netto-Einkommensdezilen



Quelle: Konsumerhebung 2019/2020, Mikropreisdaten 2021–2025, OeNB.

Inflation trifft nicht immer dieselbe Haushaltsgruppe

Gemeindegröße: 2022 waren Haushalte in ländlichen Gebieten sowie Hauseigentümer:innen mit den höchsten Inflationsraten belastet. Im Jahr 2023 war es umgekehrt. Vor allem Haushalte in Ballungszentren wie Wien waren 2023 mit den höchsten Inflationsraten konfrontiert (siehe Tabelle 1 K2). Im Vergleich zu kleinen Gemeinden (mit weniger als 2.500 Einwohner:innen) war die Teuerungsrate um 1,6 Prozentpunkte höher. Dieser Abstand verringerte sich nach 2023 deutlich.

Wohnform: Im Jahr 2024 waren vor allem Mieter:innen mit relativ hohen Inflationsraten konfrontiert. Im Vergleich zu Eigentümer:innen war deren Inflationsrate um rund 0,8 Prozentpunkte höher, nicht zuletzt bedingt durch stark gestiegene Mietpreise. 2025 verringerte sich dieser Abstand, blieb aber leicht positiv.

Haushaltsgröße und Beschäftigungsstatus: Singlehaushalte und Arbeitslosenhaushalte waren 2025 von den höchsten Inflationsraten betroffen. Im Vergleich zu Mehrpersonenhaushalten waren Singlehaushalte mit um 0,2 bis 0,3 Prozentpunkte höheren Inflationsraten konfrontiert.

Alter: Haushalte mit Vorständ:innen im Alter von über 65 Jahren waren seit 2023 um 0,3 bis 0,4 Prozentpunkte stärker betroffen als Haushalte mit Vorständen im Alter zwischen 18 und 29 Jahren. Dieser Unterschied blieb seither relativ konstant.

Gemessen an der kumulierten Inflation seit 2021 hatten Pensionist:innen, Pflichtschulabgänger:innen, Hauseigentümer:innen, Haushalte in ländlichen Gemeinden und Singles die höchsten Teuerungsraten (siehe Tabelle 1 K2).

Belastung für Haushalte mit begrenzten Ressourcen am größten

Gestiegene Preise verringern die Kaufkraft aller Haushalte, doch die Belastung ist für Haushalte mit begrenzten finanziellen Mitteln besonders groß. Gemessen an verschiedenen Indikatoren, die finanzielle Belastung messen (Nettoeinkommen, liquide Mittel, Ersparnisse) sind vor allem Alleinerziehende, Arbeitslose sowie sonstige Dienstnehmer:innen (z. B. Lehrlinge, freie Dienstnehmer:innen) mit knappen Ressourcen ausgestattet.

Gleichzeitig waren zumindest Arbeitslose und sonstige Dienstnehmer:innen in den letzten Jahren mit vergleichsweise hohen Inflationsraten konfrontiert. Besonders im Jahr 2023, als die Inflationsrate 7,9 % erreichte, dürfte dies erheblichen finanziellen Druck auf die genannten Haushaltsgruppen ausgeübt haben.

Tabelle 1 K2

Haushaltspezifische Inflationsraten nach sozio-ökonomischen Kriterien

		Inflationsrate				Kumulierte Inflationsrate
		2022	2023	2024	2025 ¹	2021–2025 ²
		in %				
Median-Inflation³		8,6	8,0	2,4	3,6	24,4
Gemeindegroße	bis 2.500 Einwohner:innen	10,8	7,3	2,0	3,6	25,6
	2.501 bis 10.000	10,3	7,6	2,2	3,7	25,7
	10.001 bis 100.000	9,3	8,2	2,3	3,7	25,4
	100.001 oder mehr (ohne Wien)	7,9	8,4	2,6	3,7	24,5
	Wien	7,8	8,9	2,7	3,8	25,1
Haushaltstyp	Single	9,2	8,3	2,5	3,9	26,0
	Paar mit Kindern	9,4	7,7	2,1	3,5	24,6
	Paar ohne Kinder	9,8	7,9	2,2	3,6	25,4
	Alleinerzieher:in	8,4	8,3	2,3	3,7	24,5
	Alleinerzieher:in mit weiteren Erwachsenen	9,5	8,0	2,2	3,8	25,4
	Sonstige	9,6	7,7	2,2	4,0	25,5
Wohnstatus	Hauseigentümer:in	10,6	7,7	2,0	3,6	26,0
	Mieter:in in Gemeindefwohnung	8,1	8,9	2,5	4,0	25,6
	Mieter:in in Genossenschaft	7,8	8,3	2,6	3,7	24,4
	Andere Hauptmiete	7,6	8,1	2,9	3,7	24,2
	Sonstige (z. B. Untermiete)	10,4	7,8	2,2	3,8	26,3
Alter (in Jahren)	18–29	8,0	8,0	2,5	3,5	23,8
	30–39	8,4	8,0	2,4	3,5	24,1
	40–49	9,2	7,8	2,3	3,6	24,7
	50–64	9,8	7,9	2,2	3,6	25,5
	65 oder darüber	10,3	8,2	2,4	4,0	27,1
Höchste abgeschlossene Bildung	Pflichtschule	10,0	8,3	2,3	4,0	26,7
	Lehre oder Fachschule	9,9	7,8	2,2	3,7	25,6
	Matura	8,8	8,1	2,4	3,6	24,8
	Universität	8,4	8,1	2,5	3,6	24,4
Beschäftigung	Arbeiter:in	9,9	7,6	2,1	3,5	24,9
	Angestellte:r	8,8	8,0	2,3	3,5	24,4
	Beamter bzw. Beamtin	9,3	7,7	2,3	3,5	24,6
	Selbständige:r	9,7	8,0	2,3	3,6	25,6
	Sonstige Beschäftigte	8,5	8,4	2,9	3,7	25,5
	Arbeitslos	8,5	8,5	2,5	4,0	25,5
	Pensionist:in	10,1	8,2	2,3	3,9	26,7
	Sonstige (z. B. Lehrlinge)	8,1	8,2	2,6	3,7	24,5

¹ Durchschnittliche Inflationsraten vom Jänner 2025 bis September 2025.

² Bis zum 3. Quartal 2025.

³ Die Inflationsrate, die genau in der Mitte liegt, wenn alle Haushaltsinflationsraten sortiert werden. Aufgrund von Datengranularität und Berechnungsmethoden kann sie leicht von der publizierten Inflationsrate abweichen.

Quelle: Konsumerhebung 2019/2020, Mikropreisdaten 2023–2025, OeNB.

Schlussfolgerungen

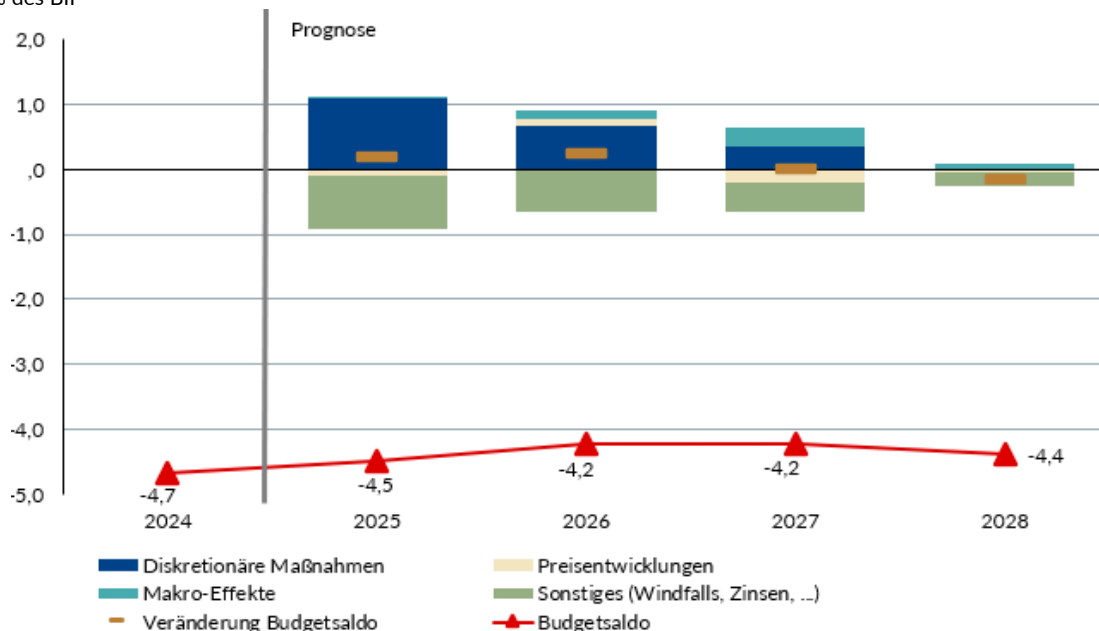
Das Einkommen der Haushalte beeinflusst die Inflationsbelastung deutlich. Haushalte mit niedrigem Einkommen geben einen größeren Teil ihres Budgets für lebensnotwendige Güter wie Lebensmittel, Energie und Wohnung aus. Da die Preise dieser Güter in den letzten Jahren stark angestiegen sind, waren einkommensschwache Haushalte stärker von der Teuerung betroffen als Haushalte in den oberen Einkommensdezilen. Das Einkommen ist jedoch nicht das einzige und auch nicht das wichtigste sozioökonomische Kriterium, das die große Spannbreite der haushaltsspezifischen Inflationsraten erklärt. Hohe Inflation trifft auch nicht immer dieselbe Haushaltsgruppe. Im Jahr 2022 waren vor allem Haushalte in kleineren Gemeinden und Hauseigentümer:innen mit hoher Inflation konfrontiert. Das änderte sich im Jahr 2023, als Haushalte in großen Ballungsräumen mit mehr als 100.000 Einwohner:innen überdurchschnittlich stark von der Preisentwicklung betroffen waren. Der Unterschied zwischen Haushaltsgruppen in kleinen Gemeinden und in Ballungsräumen betrug im Jahr 2023 zwischen 1 und 1,5 Prozentpunkten. 2024 waren Mieter:innen und Haushalte in Ballungsräumen mit hohen Teuerungsraten konfrontiert und im Jahr 2025 wiesen insbesondere Haushalte mit Vorständ:innen ohne Erwerbstätigkeit sowie Singlehaushalte und Arbeiter:innenhaushalte vergleichsweise hohe Inflationsraten auf. Gemessen an der kumulierten Inflation seit 2021 hatten Pensionist:innen, Pflichtschulabgänger:innen, Hauseigentümer:innen, Haushalte in ländlichen Gemeinden und Singles die höchsten Teuerungsraten. Hohe Inflation bedeutet nicht zwingend eine hohe Belastung – die Betroffenheit variiert je nach Haushalt. Besonders betroffen sind Haushalte mit niedrigem Einkommen, die einen Großteil ihres Einkommens ausgeben müssen und keine oder nur geringe Ersparnisse bilden können. Dazu zählen arbeitslose Haushalte, sowie sonstige Dienstnehmer:innen (z. B. Lehrlinge, freie Dienstnehmer:innen) aber auch Alleinerziehende.

6 Zusätzliche Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung notwendig

Der Budgetsaldo verbesserte sich im Jahr 2025 auf $-4,5\%$ des BIP und liegt damit um 0,2 Prozentpunkte höher als 2024. In der OeNB-Prognose von Juni 2025 wurde eine noch stärkere Verbesserung angenommen. Die Hauptgründe für die Revision kommen aus dem ungünstigen wirtschaftlichen Umfeld: Die Ausgaben für Gesundheit, Pensionen, Arbeitslosigkeit und Zinsen liegen etwas höher als im Frühjahr 2025 angenommen. Hinzu kommen schlechtere Entwicklungen bei der Umsatz- und Körperschaftsteuer. Für 2026 erwarten wir auf Basis der bisher bekannten Konsolidierungsmaßnahmen eine Verbesserung des Saldos auf $-4,2\%$. Für 2027 und 2028 sind nach aktuellem Stand nur wenige Sparmaßnahmen wirksam bzw. hinreichend konkretisiert und der konjunkturelle Beitrag bleibt verhalten. Folglich tritt auch keine weitere Verbesserung des Saldos ein. Die Verschlechterung auf $-4,4\%$ im Jahr 2028 entsteht durch einen statistischen Sondereffekt im Zusammenhang mit der Verschiebung der EU-weiten CO₂-Bepreisung ETS2 um ein Jahr: Die nationale CO₂-Steuer läuft Ende 2027 aus, die Einnahmen aus ETS2 werden aber erst 2029 als Staatseinnahmen verbucht.

Budgetsaldo und Veränderung zum Vorjahr

in % des BIP



Quelle: OeNB.

Die Schuldenquote wird 2025 bei etwa 81,9 % des BIP liegen und bis 2028 auf 86,8 % steigen. Der Grund hierfür liegt sowohl im weiterhin hohen Primärdefizit als auch im geringen nominellen Wachstum des BIP (Nenner-Effekt). Die negativen Effekte des aktuellen Konsolidierungspaketes auf das BIP-Wachstum schätzen wir als gering ein, da viele der Maßnahmen kaum direkte Effekte auf die Nachfrage haben. Im aktuellen Jahr ergibt sich sogar ein leicht positiver staatlicher Impuls von 0,15 Prozentpunkten auf das Wachstum: Zwar wirken Preis- und Haushaltsmaßnahmen wachstumsdämpfend, jedoch wächst der öffentliche Konsum noch stark. In den Folgejahren verringert sich der positive Effekt des öffentlichen Konsums durch die Sparzwänge. Es verbleibt somit nur der negative Effekt der Sparmaßnahmen von -0,2 Prozentpunkten pro Jahr. Ein weiteres Konsolidierungspaket könnte hingegen auch Bereiche betreffen, die stärkere Wachstumseffekte auslösen, etwa die öffentlichen Investitionen. Dies würde ein weiteres Abwärtsrisiko für das Wachstum darstellen.

Tabelle 7

Wachstum der Netto-Primärausgaben

Veränderung zum Vorjahr in %	2025	2026	2027	2028
Obergrenze laut BMF	2,6	2,2	2,2	2,2
OeNB-Prognose	2,4	2,1	2,9	3,1
OeNB-Prognose inkl. Ausweisklausel Militärausgaben	2,2	1,6	2,1	2,5
Differenz (in Prozentpunkten)	0,2	0,1	-0,7	-0,9
Differenz inkl. Ausweisklausel (in Prozentpunkten)	0,4	0,6	0,1	-0,3

Quelle: BMF, OeNB.

Österreich befindet sich aktuell in einem Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits (ÜD-Verfahren) und hat sich zu einem mehrjährigen Konsolidierungspfad verpflichtet. Die Einhaltung dieses Pfades wird von der Europäischen Kommission ausschließlich anhand des jährlichen Ausgabenwachstums (netto, bereinigt um steuerliche Maßnahmen, ohne Zinsausgaben) bewertet. Österreich plant zudem, die nationale Ausweichklausel für Verteidigung zu aktivieren, wodurch ein Teil der Verteidigungsausgaben nicht einberechnet wird. Für die Jahre 2025 und 2026 liegt das Ausgabenwachstum deutlich unter den vorgegebenen Grenzen – die Anforderungen werden somit von Österreich übererfüllt. Im Folgejahr 2027 werden die Vorgaben nur bei Aktivierung der Ausweichklausel eingehalten. 2028 überschreitet Österreich den Ausgabenpfad – inkl. Ausweichklausel – jedoch nur geringfügig im Rahmen der zulässigen Abweichungen. Trotzdem bedarf es weiterer Konsolidierungsmaßnahmen, um das geplante Defizit von 3 % im Jahr 2028 zu erreichen.

7 Literaturverzeichnis

Al-Haschimi, A., N. Dvorakova, J. Le Roux und T. Spital. 2025. China's growing trade surplus: why exports are surging as imports stall. In: ECB Economic Bulletin. Issue 7. Box 1. 37–43.

Charalampakis, E., B. Fagandini, L. Henkel und C. Osbat. 2022. The impact of the recent rise in inflation on low-income households. In: ECB Economic Bulletin. Issue 7. Box 4. 55–60.

Fessler, P., F. Fritzer und M. Salish. 2023. Who pays the price when prices rise? In: Monetary Policy & the Economy Q4/22–Q1/23. OeNB. 67–84.

Gaulier, G. und S. Zignago. 2010. BACI: International Trade Database at the Product-level. The 1994–2007 Version. CEPII Working Paper. Number 2010–23.

Laursen, K. 2015. Revealed comparative advantage and the alternatives as measures of international specialization. In: Eurasian Business Review. Springer. Eurasia Business and Economics Society. Vol. 5(1). 99–115.

Simoës, A. J. G. und C. A. Hidalgo. 2011. The Economic Complexity Observatory: An Analytical Tool for Understanding the Dynamics of Economic Development. Workshops at the Twenty-Fifth AAAI Conference on Artificial Intelligence.

Stojkoski, V., P. Koch und C. A. Hidalgo. 2023. Multidimensional economic complexity and inclusive green growth. Communications Earth & Environment 4, 130. <https://doi.org/10.1038/s43247-023-00770-0>.

8 Tabellenanhang

Tabelle A1

Hauptergebnisse der Prognose

Wirtschaftliche Aktivität	2024	2025	2026	2027	2028
Veränderung zum Vorjahr in % (real)					
Bruttoinlandsprodukt	-0,8	0,6	0,8	1,1	1,0
Privater Konsum	1,0	0,5	0,7	1,4	1,0
Öffentlicher Konsum	3,8	3,0	1,2	0,9	0,8
Bruttoanlageinvestitionen	-4,4	1,7	1,5	1,8	1,9
Exporte gesamt	-2,8	-1,3	0,4	2,1	2,2
Importe insgesamt	-2,9	1,5	1,6	2,6	2,6
in % des nominellen BIP					
Leistungsbilanzsaldo	2,4	1,1	1,1	1,2	1,0
Wachstumsbeiträge zum BIP (importbereinigt)¹					
in Prozentpunkten des BIP					
Exporte	-1,1	-0,5	0,0	0,4	0,4
Inlandsnachfrage (exkl. Lagerveränderung)	0,2	0,6	0,6	0,7	0,6
Privater Konsum	0,3	0,1	0,2	0,4	0,2
Öffentlicher Konsum	0,7	0,5	0,2	0,1	0,1
Bruttoanlageinvestitionen	-0,7	0,0	0,2	0,2	0,2
Lagerveränderungen (inkl. stat. Diskrepanz)	0,0	0,4	0,1	0,0	0,0
Preise					
Veränderung zum Vorjahr in %					
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	2,9	3,6	2,4	2,1	2,1
Deflator des privaten Konsums	3,3	3,0	2,3	2,1	2,1
Deflator des Bruttoinlandsprodukts	4,1	3,1	2,7	2,1	2,0
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft	8,2	3,2	2,0	1,8	1,6
Terms-of-Trade	1,2	1,5	0,8	0,2	0,0
Einkommen und Sparen					
Veränderung zum Vorjahr in %					
Real verfügbares Haushaltseinkommen	4,2	-0,4	0,3	1,0	0,4
in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens					
Sparquote	11,6	11,1	10,4	10,0	9,4
Arbeitsmarkt					
Veränderung zum Vorjahr in %					
Unselbstständig Beschäftigte	0,2	0,1	0,4	0,6	0,5
Arbeitsstunden (Arbeitnehmer:innen)	0,0	0,5	0,4	0,7	0,5
in % des Arbeitskräfteangebots					
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	5,2	5,6	5,7	5,6	5,5
Arbeitslosenquote gemäß AMS	7,0	7,5	7,5	7,3	7,3
Budget					
in % des nominellen BIP					
Budgetsaldo (Maastricht)	-4,7	-4,5	-4,2	-4,2	-4,4
Staatsverschuldung	79,9	81,9	83,8	85,2	86,8

¹ Die importbereinigten Wachstumsbeiträge wurden errechnet, indem von der jeweiligen Endnachfragekomponente die zugeordneten Importe abgezogen wurden. Diese wurden auf der Basis von Input-Output-Tabellen berechnet.

Quelle: OeNB-Prognose vom Dezember 2025.

Tabelle A2

Internationale Rahmenbedingungen der Prognose

Bruttoinlandsprodukt	2024	2025	2026	2027	2028
Veränderung zum Vorjahr in % (real)					
Welt ohne Euroraum	3,6	3,5	3,3	3,3	3,3
USA	2,8	1,9	2,0	2,0	1,9
China	5,0	5,0	4,6	4,2	4,0
Indien	6,7	6,9	5,8	6,6	6,6
Japan	-0,2	1,3	0,5	0,8	0,8
Lateinamerika	2,0	2,4	2,1	2,4	2,4
Vereinigtes Königreich	1,1	1,4	1,1	1,2	1,4
Neue EU-Mitgliedstaaten ¹	4,4	1,8	2,0	1,9	1,8
Schweiz	1,4	1,4	1,2	1,6	1,6
Euroraum	0,9	1,4	1,2	1,4	1,4
Welthandel (Importe i. w. S.)					
Veränderung zum Vorjahr in % (real)					
Welt	3,2	4,1	2,1	3,0	3,0
Welt außerhalb des Euroraums	4,3	4,4	2,0	3,1	3,1
Wachstum der Exportmärkte des Euroraums (real)	3,7	3,8	1,9	3,1	3,0
Wachstum der österreichischen Exportmärkte (real)	1,4	3,3	2,2	3,0	3,0
Preise					
Erdölpreis in USD/Barrel Brent	81,2	69,2	62,5	62,6	64,0
Drei-Monats-Zinssatz in %	3,6	2,2	2,0	2,1	2,3
Langfristiger Zinssatz in %	2,8	3,0	3,2	3,4	3,6
USD/EUR-Wechselkurs	1,1	1,1	1,2	1,2	1,2
Nominell-effektiver Wechselkurs des Euro	124	128	130	130	130

¹ Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn.

Quelle: Prognose des Eurosystems vom Dezember 2025.

Tabelle A3

Außenhandel

	2024	2025	2026	2027	2028
Exporte					
Veränderung zum Vorjahr in %					
Internationale Wettbewerberpreise	0,4	-0,2	0,7	1,9	2,0
Exportdeflator	0,8	1,8	2,0	2,0	1,9
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	-0,4	-2,0	-1,3	-0,1	0,0
Nachfrage auf öst. Exportmärkten	1,4	3,3	2,2	3,0	3,0
Österreichische Exporte i. w. S. (real)	-2,8	-1,3	0,4	2,1	2,2
Marktanteile Österreichs	-4,2	-4,5	-1,8	-0,9	-0,8
Importe					
Veränderung zum Vorjahr in %					
Internationale Wettbewerberpreise	0,5	0,4	1,1	1,9	2,0
Importdeflator	-0,4	0,3	1,2	1,8	1,9
Österreichische Importe i. w. S. (real)	-2,9	1,5	1,6	2,6	2,6
Nettoexporte, Quoten und Terms of Trade					
in Prozentpunkten des realen BIP-Wachstums					
Beiträge der Nettoexporte zum BIP-Wachstum	-0,1	-1,6	-0,7	-0,2	-0,2
in % des nominellen BIP					
Exportquote	55,7	54,0	53,4	53,9	54,5
Importquote	53,2	52,2	51,9	52,4	53,2
Veränderung zum Vorjahr in %					
Terms-of-Trade	1,2	1,5	0,8	0,2	0,0

Quelle: OeNB-Prognose vom Dezember 2025.

Tabelle A4

Leistungsbilanz

	2024	2025	2026	2027	2028
in % des nominellen BIP					
Handelsbilanz	2,9	1,6	1,6	1,7	1,5
Güterbilanz	1,6	0,5	0,4	0,5	0,4
Dienstleistungsbilanz	1,2	1,1	1,1	1,2	1,1
Primäreinkommensbilanz ¹	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Sekundäreinkommensbilanz ²	-0,8	-0,8	-0,8	-0,8	-0,8
Leistungsbilanz	2,4	1,1	1,1	1,2	1,0

¹ Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Arbeitsentgelte, Einkommen aus Vermögensanlagen u. a.).² Bilanz der laufenden Transfers.

Quelle: OeNB-Prognose vom Dezember 2025.

Tabelle A5

Einkommen und Konsum der privaten Haushalte

	2024	2025	2026	2027	2028
Veränderung zum Vorjahr in %					
Unselbstständig Beschäftigte	0,2	0,1	0,4	0,6	0,5
Löhne je beschäftigter Person	7,2	3,8	2,5	2,4	2,1
Arbeitnehmerentgelt	7,4	3,9	2,9	3,1	2,7
Vermögenseinkommen	-3,9	-7,9	5,3	4,1	2,8
Selbstständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse	7,4	3,9	2,1	2,5	1,6
Beiträge zum Wachstum des verfügbaren Haushaltseinkommens					
Arbeitnehmerentgelt	6,4	3,4	2,6	2,7	2,4
Vermögenseinkommen	-0,4	-0,7	0,4	0,3	0,2
Selbstständigeneink. und Betriebsüberschüsse	1,2	0,6	0,3	0,4	0,3
Nettotransfers abzüglich direkter Steuern ¹	0,6	-0,7	-0,5	-0,3	-0,4
Veränderung zum Vorjahr in %					
Verfügbares Haushaltseinkommen (nominell)	7,6	2,6	2,6	3,1	2,4
Konsumdeflator	3,3	3,0	2,3	2,1	2,1
Verfügbares Haushaltseinkommen (real)	4,2	-0,4	0,3	1,0	0,4
Privater Konsum (real)	1,0	0,5	0,7	1,4	1,0
in % des verfügbaren Haushaltseinkommens					
Sparquote	11,6	11,1	10,4	10,0	9,4

¹ Negative Werte bedeuten eine Zunahme der (negativen) Nettotransfers abzüglich direkter Steuern, positive Werte eine Abnahme.

Quelle: OeNB-Prognose vom Dezember 2025.

Tabelle A6

Investitionen

	2024	2025	2026	2027	2028
Veränderung zum Vorjahr in %					
Bruttoanlageinvestitionen (real)	-4,4	1,7	1,5	1,8	1,9
davon:					
Ausrüstungsinvestitionen	-4,5	7,8	2,5	1,8	1,9
Wohnbauinvestitionen	-3,3	-4,1	0,1	1,1	1,1
Tiefbau- und andere Investitionen	-9,1	1,8	1,1	0,7	1,0
Investitionen in Forschung und Entwicklung	-0,8	-0,2	1,9	3,2	3,1
Öffentliche Investitionen	7,2	-0,9	4,8	2,2	-0,4
Private Investitionen	-6,7	2,3	0,8	1,7	2,4
Beiträge zum Wachstum der realen Bruttoanlageinvestitionen					
in Prozentpunkten					
Ausrüstungsinvestitionen	-1,5	2,5	0,8	0,6	0,7
Wohnbauinvestitionen	-0,7	-0,9	0,0	0,2	0,2
Tiefbau- und andere Investitionen	-1,9	0,4	0,2	0,1	0,2
Investitionen in Forschung und Entwicklung	-0,2	0,0	0,5	0,8	0,8
Beiträge zum Wachstum des realen BIP					
in Prozentpunkten					
Bruttoanlageinvestitionen, insgesamt	-1,1	0,4	0,4	0,4	0,5
Lagerveränderungen	-1,3	0,6	0,5	0,0	0,0
in % des nominellen BIP					
Investitionsquote	23,6	23,6	23,6	23,7	23,9

Quelle: OeNB-Prognose vom Dezember 2025.

Tabelle A7

Arbeitsmarkt

Beschäftigung	2024	2025	2026	2027	2028
Veränderung zum Vorjahr in %					
Gesamtbeschäftigung (Personen)	0,1	0,0	0,4	0,6	0,5
Unselbstständig Beschäftigte (Personen)	0,2	0,1	0,4	0,6	0,5
davon: öffentlich Beschäftigte	1,9	1,4	0,5	0,2	0,4
Selbstständig Beschäftigte (Personen)	-0,4	-0,4	-0,1	0,1	0,1
Geleistete Arbeitsstunden, insgesamt	-0,1	0,5	0,4	0,6	0,4
Unselbstständig Beschäftigte (Stunden)	0,0	0,5	0,4	0,7	0,5
Selbstständig Beschäftigte (Stunden)	-0,6	0,4	0,2	0,2	0,0
Arbeitskräfteangebot	0,2	0,4	0,4	0,5	0,4
Vorgemerkte Arbeitslose	10,1	5,8	-2,6	-0,9	0,0
Arbeitslosenquote					
in % des Arbeitskräfteangebots					
gemäß Eurostat	5,2	5,6	5,7	5,6	5,5
gemäß AMS	7,0	7,5	7,5	7,3	7,3

Quelle: OeNB-Prognose vom Dezember 2025.

Tabelle A8

Arbeitnehmerentgelte

	2024	2025	2026	2027	2028
Veränderung zum Vorjahr in %					
Bruttolohnsumme, nominell ¹	7,4	3,9	2,9	3,1	2,7
Konsumdeflator	3,3	3,0	2,3	2,1	2,1
Bruttolohnsumme, real	4,1	0,9	0,6	1,0	0,6
Kollektivvertragslöhne ¹	8,5	3,9	2,4	2,2	2,1
Lohndrift	-1,3	-0,1	0,1	0,2	0,1
Arbeitnehmerentgelt pro beschäftigter Person					
Brutto ² , nominell	7,2	3,8	2,5	2,4	2,1
Brutto, real (Konsumdeflator)	3,9	0,8	0,1	0,3	0,1
Netto ³ , real (Konsumdeflator)	3,2	0,6	-0,2	0,2	0,0
Arbeitnehmerentgelt je Stunde					
Brutto, nominell	7,4	3,4	2,5	2,4	2,2
Brutto, real (Konsumdeflator)	4,0	0,3	0,1	0,3	0,2
in % des nominellen BIP					
Lohnquote	51,0	51,1	50,8	50,7	50,6

¹ Gesamtwirtschaft. ² Inkl. Dienstgeberbeiträgen. ³ Nach Abzug von Steuern und SV-Beiträgen.

Quelle: OeNB-Prognose vom Dezember 2025.

Tabelle A9

Preise

HVPI und Komponenten	2024	2025	2026	2027	2028
Veränderung zum Vorjahr in %					
Gesamtindex	2,9	3,6	2,4	2,1	2,1
Nahrungsmittel	2,9	3,6	2,8	2,5	2,3
Unverarbeitete Nahrungsmittel	0,6	2,9	2,4	x	x
Verarbeitete Nahrungsmittel	3,4	3,8	2,9	x	x
Industriegüter ohne Energie	0,9	0,9	0,8	1,1	1,2
Energie	-5,4	7,7	-1,4	0,6	1,4
Elektrizität	1,9	38,4	1,4	-0,4	-0,4
Gas	-16,1	-5,9	-4,7	-1,1	-3,6
Flüssige Brennstoffe	-2,4	-4,5	-5,8	-1,0	-1,0
Dienstleistungen	5,7	4,4	3,8	2,8	2,6
HVPI ohne Energie	3,7	3,2	2,7	2,2	2,1
HVPI ohne Energie und Nahrungsmittel	3,9	3,1	2,7	2,1	2,1
Deflatoren der VGR					
Deflator des privaten Konsums	3,3	3,0	2,3	2,1	2,1
Investitionsdeflator	3,0	1,9	1,9	2,0	2,0
Importdeflator	-0,4	0,3	1,2	1,8	1,9
Exportdeflator	0,8	1,8	2,0	2,0	1,9
Terms-of-Trade	1,2	1,5	0,8	0,2	0,0
BIP-Deflator zu Faktorkosten	4,2	2,6	2,9	1,9	2,6

Quelle: OeNB-Prognose vom Dezember 2025.

Tabelle A10

Zerlegung der Prognoserevisionen seit September 2025

	BIP			HVPI		
	2025	2026	2027	2025	2026	2027
Veränderung zum Vorjahr in %, Prozentpunkte						
Prognose vom Dezember 2025	0,6	0,8	1,1	3,6	2,4	2,1
Prognose vom September 2025	0,3	0,8	1,1	3,5	2,4	2,3
Differenz	0,3	0,0	0,0	0,1	0,0	-0,2
Verursacht durch:						
in Prozentpunkten						
Externe Annahmen	0,0	0,0	0,1	0,0	-0,2	0,1
Kurzfristprognose für Q4 25 und Q1 26	0,0	-0,1	0,0	x	x	x
Neue Daten ¹	0,3	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0
davon: Revision historischer Daten bis Q2 25	0,1	-0,1	0,0	x	x	x
Neue Daten für Q3 25	0,2	0,2	0,0	0,1	0,0	0,0
Sonstiges ²	0,0	-0,1	-0,1	0,0	0,2	-0,3

¹ „Neue Daten“ bezieht sich auf gegenüber der letzten Prognose neu vorliegende Daten für das BIP-Wachstum bzw. die Inflation.

² Unterschiedliche Annahmen über die Entwicklung heimischer Variablen wie Löhne, öffentlicher Konsum, Effekte steuerlicher Maßnahmen, sonstige Änderungen der Einschätzung, Modelländerungen.

Quelle: OeNB.

Vergleich der aktuellen Wirtschaftsprognosen für Österreich

Hauptergebnisse	OeNB				WIFO			IHS			OECD			IWF		EU-Kommission		
	Dezember 2025				Dezember 2025			Dezember 2025			Dezember 2025			Oktober 2025		November 2025		
	2025	2026	2027	2028	2025	2026	2027	2025	2026	2027	2025	2026	2027	2025	2026	2025	2026	2027
Veränderung zum Vorjahr in %																		
BIP (real)	0,6	0,8	1,1	1,0	0,5	1,2	1,4	0,5	1,0	1,1	0,3	0,9	1,2	0,3	0,8	0,3	0,9	1,2
Privater Konsum (real)	0,5	0,7	1,4	1,0	0,7	0,8	0,9	0,8	0,8	1,0	0,7	0,9	1,2	x	x	0,7	0,7	0,9
Öffentlicher Konsum (real)	3,0	1,2	0,9	0,8	2,8	0,6	0,5	2,8	0,0	0,2	2,9	0,4	0,1	x	x	2,9	1,0	0,7
Bruttoanlageinvestitionen (real)	1,7	1,5	1,8	1,9	1,0	1,5	2,1	0,7	1,6	1,8	1,7	1,3	1,8	x	x	1,5	1,7	2,2
Exporte (real)	-1,3	0,4	2,1	2,2	-0,7	1,2	1,9	-1,6	1,2	2,1	-0,4	1,0	1,7	0,1	1,3	-0,3	1,7	2,4
Importe (real)	1,5	1,6	2,6	2,6	1,4	1,4	1,8	1,3	1,2	2,2	1,6	0,9	1,4	0,2	1,7	1,6	2,0	2,2
Arbeitsproduktivität ¹	0,6	0,4	0,6	0,5	0,4	0,6	0,6	0,3	0,5	0,5	0,3	0,6	1,0	x	x	0,2	0,4	0,6
BIP-Deflator	3,1	2,7	2,1	2,0	3,2	2,3	2,1	3,0	2,2	1,9	2,8	2,4	1,9	3,3	2,4	3,6	2,8	2,6
HVPI	3,6	2,4	2,1	2,1	3,5	2,6	2,4	3,6	2,5	1,9	3,6	2,6	2,2	3,6	2,3	3,5	2,4	2,2
Lohnstückkosten	3,2	2,0	1,8	1,6	3,5	1,8	2,0	3,4	1,5	1,3	3,6	2,8	1,9	x	x	3,4	2,0	1,7
Beschäftigte ²	0,0	0,4	0,6	0,5	0,2	0,7	0,9	0,2	0,5	0,6	0,1	0,2	0,2	-0,3	0,3	0,1	0,4	0,6
in % des Arbeitskräfteangebots																		
Arbeitslosenquote ³ gem. Eurostat	5,6	5,7	5,6	5,5	5,6	5,5	5,2	5,6	5,5	5,4	5,8	5,7	5,7	5,7	5,6	5,6	5,5	5,3
in % des nominellen BIP																		
Leistungsbilanz	1,1	1,1	1,2	1,0	0,7	0,7	0,8	x	x	x	1,1	0,8	0,8	1,8	2,2	1,2	1,6	2,3
Budgetsaldo (Maastricht)	-4,5	-4,2	-4,2	-4,4	-4,6	-4,2	-4,0	-4,4	-4,2	-4,0	-4,5	-4,4	-4,1	-4,2	-3,9	-4,4	-4,1	-4,3
Prognoseannahmen																		
Erdölpreis in USD/Barrel Brent	69,2	62,5	62,6	64,0	69,0	62,0	63,0	69,2	62,1	62,4	69,3	65,0	65,0	68,9	65,8	68,9	62,4	63,3
Kurzfristiger Zinssatz in %	2,2	2,0	2,1	2,3	2,2	2,0	2,1	2,2	2,1	2,1	2,2	2,0	2,0	2,0	2,1	2,2	1,9	2,0
USD/EUR-Wechselkurs	1,1	1,2	1,2	1,2	1,1	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,1	1,2	1,1	1,2	1,2
BIP real, Euroraum	1,4	1,2	1,4	1,4	1,4	1,0	1,4	1,4	1,1	1,4	1,3	1,2	1,4	1,2	1,1	1,3	1,2	1,4
BIP real, USA	1,9	2,0	2,0	1,9	2,0	2,2	2,4	1,9	1,8	1,8	2,0	1,7	1,9	2,0	2,1	1,8	1,9	2,1
BIP real, Welt	3,2	3,1	3,1	3,0	x	x	x	3,1	2,9	3,0	3,2	2,9	3,1	3,2	3,1	3,1	3,1	3,2
Welthandel ³	4,1	2,1	3,0	3,0	x	x	x	4,5	2,3	2,3	4,2	2,3	2,8	3,6	2,3	2,8	2,1	2,7

¹ OeNB, WIFO: BIP je geleisteter Arbeitsstunde. IHS, OECD, EU-Kommission: BIP je beschäftigter Person.

² WIFO und IHS: Unselbstständig aktiv Beschäftigte.

³ IHS: Waren laut CPB.

Quelle: OeNB, WIFO, IHS, OECD, IWF, Europäische Kommission. Anmerkung: x = keine Daten vorhanden.

Quartalsverlauf der Prognoseergebnisse

	2025	2026	2027	2028	2025				2026				2027				2028				
					Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	
Preise, Löhne, Kosten																					
Veränderung zum Vorjahr in %																					
HVPI ¹	3,6	2,4	2,1	2,1	3,3	3,2	3,9	3,9	2,6	2,6	2,3	2,1	1,9	2,1	2,1	2,1	1,9	2,0	2,1	2,3	
HVPI ohne Energie ¹	3,2	2,7	2,2	2,1	3,1	3,0	3,5	3,2	3,0	2,8	2,6	2,4	2,2	2,3	2,2	2,1	1,9	2,0	2,2	2,3	
Deflator des privaten Konsums	3,0	2,3	2,1	2,1	2,5	2,3	3,1	4,2	2,7	2,7	2,1	1,8	1,9	2,1	2,2	2,2	2,1	2,1	2,0	2,0	
Deflator der Bruttoanlageinvestitionen	1,9	1,9	2,0	2,0	2,0	2,1	1,9	1,7	1,9	1,9	1,9	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	1,9	
BIP-Deflator	3,1	2,7	2,1	2,0	2,9	2,9	3,1	3,5	3,2	2,8	2,4	2,3	2,1	2,1	2,2	2,2	2,1	2,0	1,9	1,8	
Lohnstückkosten	3,2	2,0	1,8	1,6	4,2	3,4	2,4	3,0	2,6	2,0	2,2	1,3	2,0	2,0	1,8	1,6	1,3	1,4	1,7	2,1	
Löhne pro beschäftigter Person, nominell	3,8	2,5	2,4	2,1	4,4	3,9	3,7	3,3	3,0	2,6	2,3	2,0	2,6	2,6	2,4	2,1	1,9	2,0	2,2	2,5	
Produktivität	0,6	0,4	0,6	0,5	0,2	0,5	1,3	0,3	0,4	0,6	0,1	0,7	0,6	0,5	0,5	0,6	0,6	0,5	0,5	0,4	
Löhne pro beschäftigter Person, real	0,8	0,1	0,3	0,1	1,9	1,5	0,6	-0,9	0,2	-0,1	0,1	0,2	0,6	0,5	0,2	-0,1	-0,3	-0,1	0,2	0,5	
Importdeflator	0,3	1,2	1,8	1,9	1,9	-0,3	0,2	-0,4	0,5	1,7	1,3	1,4	1,6	1,8	1,9	1,9	1,8	1,8	1,9	1,9	
Exportdeflator	1,8	2,0	2,0	1,9	2,6	1,1	1,7	1,8	1,8	2,3	2,1	1,9	1,9	2,0	2,1	2,0	1,9	1,9	1,9	1,9	
Terms-of-Trade	1,5	0,8	0,2	0,0	0,7	1,4	1,5	2,2	1,4	0,6	0,8	0,6	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	
Wirtschaftliche Aktivität																					
real, Veränderung zum Vorjahr (Jahreswerte) bzw. zum Vorquartal (Quartalswerte) in %																					
BIP	0,6	0,8	1,1	1,0	0,2	0,0	0,4	0,1	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	
Privater Konsum	0,5	0,7	1,4	1,0	-0,3	0,3	-0,3	0,0	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	
Öffentlicher Konsum	3,0	1,2	0,9	0,8	0,8	0,3	0,7	0,8	0,0	0,1	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	
Bruttoanlageinvestitionen	1,7	1,5	1,8	1,9	0,5	1,1	-0,1	0,6	0,3	0,3	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	
Exporte	-1,3	0,4	2,1	2,2	1,0	0,2	-1,6	-0,2	0,6	0,4	0,4	0,4	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5	
Importe	1,5	1,6	2,6	2,6	0,9	1,6	-0,5	0,2	0,5	0,5	0,6	0,5	0,8	0,7	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	
Beiträge zum Wachstum des realen BIP in Prozentpunkten																					
Inlandsnachfrage	0,6	0,6	0,7	0,6	0,0	-0,1	0,3	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
Nettoexporte	-0,5	0,0	0,4	0,4	0,2	-0,2	-0,2	-0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
Lagerveränderungen	0,4	0,1	0,0	0,0	-0,1	0,3	0,4	0,0	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Arbeitsmarkt																					
in % des Arbeitskräfteangebots																					
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	5,6	5,7	5,6	5,5	5,4	5,7	5,6	5,7	5,7	5,7	5,7	5,6	5,6	5,6	5,6	5,5	5,5	5,5	5,4	5,4	
Veränderung zum Vorjahr (Jahreswerte) bzw. zum Vorquartal (Quartalswerte) in %																					
Gesamtbeschäftigung	0,0	0,4	0,6	0,5	0,0	0,0	-0,3	0,6	-0,1	0,0	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	
davon: Privater Sektor	-0,3	0,3	0,7	0,5	-0,1	-0,1	-0,4	0,7	-0,2	0,0	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	
Unselbstständig Beschäftigte	0,1	0,4	0,6	0,5	0,1	-0,1	-0,1	0,3	0,0	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	
Zusätzliche Variablen																					
real, Veränderung zum Vorjahr (Jahreswerte) bzw. zum Vorquartal (Quartalswerte) in %																					
Verfügbares Haushaltseinkommen	-0,4	0,3	1,0	0,4	-1,5	-0,8	0,5	-0,1	-0,1	0,2	0,4	0,4	0,4	0,1	0,0	0,0	0,0	0,2	0,2	0,3	
in % des realen BIP																					
Produktionslücke	-0,5	-0,4	-0,1	0,0	-0,5	-0,7	-0,4	-0,5	-0,5	-0,5	-0,4	-0,3	-0,2	-0,1	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	

Quelle: Erosystem, OeNB.

© Oesterreichische Nationalbank, 2025. Alle Rechte vorbehalten.

Adresse: Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien

Postfach 61, 1011 Wien

Website: www.oenb.at

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Die in dieser Studie zum Ausdruck gebrachte Meinung gibt nicht notwendigerweise die Meinung der Oesterreichischen Nationalbank oder des Eurosystems wieder.

Die Autor:innen der OeNB verwenden grundsätzlich inklusive Sprache. Bei etablierten Fachwörtern und Wendungen, die (auch) juristische Personen bezeichnen, kann es jedoch fallweise vorkommen, dass aus Gründen der Klarheit und Lesbarkeit darauf verzichtet wird.

Datenschutzinformationen: www.oenb.at/datenschutz
ISSN 2960-5075 (online)